

DIE INTERETHNISCHE VERHÄLTNISSE IN MAZEDONIEN NACH DEM BEWAFFNETEN KONFLIKT (2001–2003) UND DIE ROLLE DER POLITISCHEN PERSÖNLICHKEITEN BEIDER ETHNIEN

OCTAV EUGEN DE LAZERO

Der vorliegende Beitrag besteht aus einer Darstellung der Hauptzüge der Beziehungen zwischen Albanern und Slawo-Mazedoniern unmittelbar nach dem Konflikt des Jahres 2001, die als Hintergrund für das Verstehen der Gegenwart dienen sollen. Entscheidend dafür waren einerseits die langfristigen Tendenzen in Demographie und Mentalitäten, und andererseits die jeweiligen politischen Umstände. Die Auslegung und Verwertung des Ergebnisses der Volkszählung im Jahre 2002 fielen unterschiedlich aus. Das Ergebnis galt als Grundlage der neuen verwaltungsmäßigen Einteilung des Landes im Jahre 2004 – mit Konsequenzen im Falle eines weiter voranschreitenden Auseinanderrückens beider Ethnien des Landes. Da jedoch für die Entwicklung der interethnischen Beziehungen in diesem Land allen voran die politischen Entscheidungen und Stellungnahmen der jeweiligen führenden Politiker entscheidend waren, werden diese verhältnismäßig eingehend behandelt. Dieser Beitrag begrenzt sich auf den Zeitraum 2001–2003; die darauffolgenden Abwicklungen werden hoffentlich in einem weiteren Artikel verfolgt werden. Sämtlichen Analysen stehen Pressenberichte zugrunde.

Unmittelbar nach den bewaffneten Auseinandersetzungen des Jahres 2001 fanden in Mazedonien mehrere Entwicklungen statt, die für das Zusammenleben der Albaner und Slawo-Mazedonier und somit für die Zukunft des Landes überhaupt noch heutzutage entscheidend wirken. Darunter stellten vor allem die Unterzeichnung des Ohrid-Abkommens am Ende des Konfliktes, das den Rahmen für diese Entwicklungen absteckte, sowie die Gründung der Demokratischen Union für Integrierung (*Bashkimi Demokratik për Integrim* – BDI) um den ehemaligen Führer der mazedonischen UÇK, Ali Ahmeti, bzw. deren Beteiligung an der Regierung nach den Parlamentswahlen vom Herbst 2002, die wichtigsten Anhaltspunkte für eine Analyse der Abwicklungen auf diesem Gebiet dar.¹

¹ Unter den neuesten Veröffentlichungen, die diese Problematik behandeln, seien zuerst einige erwähnt: Wolf Oschlies, *Makedonien 2001–2004: Kriegstagebuch aus einem friedlichen Land* (Berlin: Xenomos, 2004); Sheila Cannon, "Inter-Ethnic Dialogue as a Personal and Collective Healing Process: Examples from the former Yugoslavia" in *Südosteuropa* 53.1 (2005): 38–47; Jens Reuter, "Ali Ahmeti and the New Albanian Political Party in FYROM" in *Südosteuropa* 51.1–3 (2002): 1–20; Dejan Lega, "Parlamentswahlen und Regierungsbildung in Makedonien" in *Südosteuropa* 51.4–6 (2002): 200–204; Hans Risser u. Wolf-Christian Paes, "Macedonia Two Years after Ohrid: A Successful Example of International Conflict Resolution?" in *Südosteuropa* 52.4–6 (2003): 184–197; für die historische Perspektive: Christian Voss, "Makedonische Identitäten und die Parameter Sprache, Ethnos und Nation" in *Südosteuropa-Mitteilungen* 2 (2005): 53–65.

Die interethnischen Spannungen im Laufe des Jahres 2002

Für eine Einschätzung der interethnischen Verhältnisse in Mazedonien unmittelbar nach dem bewaffneten Konflikt ist es von Vorteil, die Abwicklungen in den darauffolgenden Monaten bzw. die Entstehung der Ausgangsbedingungen für die künftige Entwicklung dieser Verhältnisse darzustellen: Während das Ohrider Abkommen von einer Mehrheit der albanischen Bevölkerung begrüßt wurde, lehnten es weite Teile der mazedonischen Volksgruppe als "Diktatfrieden" ab. Nach ihrer Auffassung hätten die albanischen Freischärler mit Hilfe des Auslandes ihre politischen Ziele auf Kosten der Mehrheitsbevölkerung erreicht. Tatsächlich verzögerten nationalistische Kreise im Parlament die Verabschiedung der reformierten Verfassung und des Amnestiegesetzes für die Rebellen bis in das Jahr 2002 hinein.

Zwar wurden mittlerweile die rechtlichen Rahmenbedingungen gesetzt, aber das Vertrauen der mazedonischen Bevölkerung in den Friedensprozeß war kaum gewachsen. Nach Auffassung vieler hätten die albanischen Politiker aller Parteien das Ziel einer Angliederung an das Kosovo (und gegebenenfalls später an Albanien) keinesfalls aufgegeben, sondern sähen im Verhandlungsergebnis allein ein Zwischenstadium auf dem Weg zur Sezession. Obwohl die internationale Friedenstruppe im Rahmen der Operation *Essential Harvest* fast 4000 Waffen von den Rebellen einsammelte und anschließend vernichtete, wertete man dies auf mazedonischer Seite nicht als Beleg für den albanischen Friedenswillen. Viele albanische Dörfer wurden weiterhin von der mazedonischen Polizei gemieden, und es gab Anzeichen, daß die Rebellenbewegung weiterhin über funktionierende Strukturen verfügte – einschließlich der UÇK-Strukturen und der Verbindungen nach Albanien und dem Kosovo; angeblich wären sogar die dortigen Ausbildungslager der UÇK immer noch tätig gewesen.² Hierzu hatte sicherlich auch die Tatsache beigetragen, daß es keinen Versuch gegeben hatte, die Rebellen wieder in das Zivilleben zu integrieren, und die Entwaffnung hatte angesichts der großen Zahl der in der Region zirkulierenden Waffen eher symbolischen Charakter. Deutlich wurde auch die Verquickung politischer und krimineller Motive auf Seiten der Albaner: Die gebirgige Grenzregion im Dreieck zwischen Albanien, Mazedonien und dem Kosovo bleibt noch eine wichtige Transitroute für Menschen, Drogen und Waffen auf dem Weg in die EU. Es war auch kein Zufall, daß der Konflikt von einem Abkommen zur Regelung des Grenzverlaufes zwischen Mazedonien und dem Kosovo ausgelöst wurde – ein Abkommen, daß unter Umständen den grenzüberschreitenden Schmuggel hätte beeinträchtigen können.³

² In Albanien: Bajram Curi, Bulçiza, Kuks, Kërnaja, Kruma, Peshkopeja, Tropoja, Has; im Kosovo: Gnjilane, Vitina, Uroshevc, Prizren, Dragash, und Brod.

³ Wolf-Christian Paes. „Mazedoniens schwieriger Weg zum Frieden“ in *Blätter für deutsche und internationale Politik* Nr. 6 (Juni 2002), S. 661–662.

Die neue mazedonische Regierung stand vor der schwierigen Aufgabe, einerseits das Gewaltmonopol des Staates wiederherzustellen, gleichzeitig aber die neuen Verfassungsbestimmungen umzusetzen. Dies wurde auch dadurch erschwert, daß die Ressourcen des Landes eine Ausweitung der öffentlichen Bürokratie kaum zuließen.⁴ Die positive Diskriminierung der Minderheiten hätte also direkt zu Lasten der mazedonischen Volksgruppe gehen müssen. Dieser Umstand bot den Politikunternehmern beider Seiten die Gelegenheit, die vermeintliche Benachteiligung der eigenen Volksgruppe zur politischen Mobilisierung zu nutzen. Tatsächlich schien sich eine Radikalisierung beider Lager im Kontext der neuen innenpolitischen Verhältnisse anzudeuten. Während Hardliner in der VMRO-DPMNE im Parlament die Reformen zu blockieren entschieden waren,⁵ bemühte sich Ali Ahmeti um eine Vereinigung der albanischen politischen Kräfte. Gleichzeitig drohte eine abgespaltene Fraktion der Rebellenbewegung den bewaffneten Kampf fortzusetzen. Im März 2002 kam es in einem Dorf bei Tetovo sogar zu Kämpfen zwischen den beiden albanischen Fraktionen.

Ein Szenario zeichnete sich dann ab, in welchem ein Teil der Extremisten auf beiden Seiten – Hardliner in der nunmehr oppositionellen VMRO-DPMNE einerseits und Ex-UÇK-Kommandanten in der BDI oder außerhalb dieser sowie Paramilitärs wie die AKSh oder die neugegründete FBKSh – sich in den politischen Prozeß hätten integrieren lassen, während eine Minderheit weiterhin auf gewaltsame Eskalation setzen würde. Angesichts einer sich abzeichnenden Unabhängigkeit für das Kosovo, welche die „albanische Frage“ wieder auf die Tagesordnung gebracht hätte, wäre dies eine überaus gefährliche Entwicklung gewesen. Die internationale Gemeinschaft hatte mit der Schirmherrschaft für den umstrittenen Friedensvertrag auch eine Mitverantwortung für die Zukunft Mazedonien übernommen. Die mazedonische Öffentlichkeit empfand jedoch die „Friedenslösung“ weithin als vom Westen aufoktroziert. Es wurde unterstellt, daß NATO und EU sich in Mazedonien, wie zuvor schon im Kosovo, aus Ignoranz oder auf Grund von strategischen Plänen auf die Seite der Albaner geschlagen hätten.

Während sich die politischen Forderungen der Albaner auf den Wunsch nach verfassungsmäßiger Gleichbehandlung und auf die Förderung der albanischen Sprache in der Bildungspolitik beschränkten, stellte dies nach Meinung vieler Teile der slawisch-mazedonischen politischen und intellektuellen Elite nur einen Deckmantel für die wahren Zielsetzungen der albanischen Parteien dar. Hinter dieser stände nach Auffassung der mazedonischen Nationalisten – vor allem in der VMRO-DPMNE aber auch außerhalb dieser, sowie in der mazedonischen Diaspora – das von albanischen Extremisten im Kosovo und neulich auch in Albanien betriebene Projekt eines „Großalbanien“. Zum Beleg dieser These wurden gerne in

⁴ South-East Europe Compact for Reform, Investment, and Growth, *Progress in Policy Reforms in South-East Europe – Monitoring Instruments* (OECD, Paris, Juni 2002).

⁵ *Dnevnik* vom 05.11.2002.

Tirana und Prishtina zirkulierende Karten angeführt, welche einen albanischen Siedlungsraum vom nördlichen Griechenland bis nach Montenegro zeigen.

Neue interethnische Konflikte drohten von radikalen Kräften ausgelöst zu werden, die den gegenwärtigen politischen Akteuren im jeweiligen Bevölkerungssegment den Anspruch auf die Vertretung der „nationalen Interesse“ streitig machten. Auf albanischer Seite handelte es sich vor allem um die AKSh, wobei auch die UÇK-Strukturen (persönliche Verbindungen, Waffenvorräte, Beziehungen zum Kosovo usw.), wenn sie wieder aktiv geworden wären, eine radikale Alternative zur Politik der albanischen Parteien hätten bieten können. Tatsächlich waren zahlreiche ehemalige UÇK-Anhänger im Gebiet Tetovo konzentriert. Im Frühling 2002 haben mehrere Zusammenfälle die Aufmerksamkeit auf die bestehenden UÇK-Strukturen in dieser Region gelenkt; in den Dörfern Golema Rečica, Kalnik und Gorno Palčište fanden Überfälle bewaffneter Gruppierungen von drei bis sieben Personen auf Polizeistellen statt.

Rafis Haliti, alias „Kommandant Mësuesi“ der „112. Regionalen Brigade“ um Tetovo und Raduša, wurde kurz nach der Gründung des Albanischen Koordinationsrates durch Ali Ahmeti im März 2002 mit der Vorbereitung der Integrierung der Albaner in die mazedonische Polizei beauftragt.⁶ Haliti ersetzte in dieser Stelle den stellvertretenden Innenminister Refet Elmazi (PDSH) und den stellvertretenden Außenminister Muhamet Halili (PPD), die vom damaligen Premier Ljubčo Georgievski ernannt worden waren. Dieser Wechsel soll die Begrenzung des Einflusses der PDSH bezweckt haben. Haliti wurde nachdem in der Presse illegaler Tätigkeiten – darunter der Teilnahme am Waffenschmuggel aus Albanien auch nach der Unterzeichnung des Ohrider Abkommens – beschuldigt. Anschließend wurde er zum Mitglied des Führungsgremiums der BDI. Kennzeichnend für die Verhältnisse der einstigen Kommandanten und Anhänger der UÇK unter ihnen sowie zu den politischen Parteien der Albaner war der Umstand, daß ein Teil von ihnen nicht der BDI Ali Ahmetis, sondern der PDSH beigetreten waren: So wurde Daut Rexhepi („Kommandant Leka“) im Juni 2002 sogar zum stellvertretenden PDSH-Parteichef ernannt; natürlich haben sich zahlreiche seiner einstigen Mitkämpfer ebenfalls der PDSH angeschlossen – was angesichts der politischen Rivalität mit der BDI, wo sich die meisten früheren UÇK-Kämpfer befinden, aufschlußreich für die Interessenverschiedenheiten innerhalb der UÇK war und ist.

Die aktivste bewaffnete albanische Organisation blieb auch im Jahre 2002 die „Albanische Nationalarmee (*Armata Kombëtare Shqiptare* – AKSh); die neugegründete „Albanische Front für die Nationale Einheit“ (*Frontit për Bashkimin Kombëtar Shqiptar* – FBKSh) mit Sitz in Tirana hat(te) gesamtalbanische Zielsetzungen und war/ist auch in Albanien und dem Kosovo tätig. Wahrscheinlich hat(te) die „Albanische Revolutionspartei“ (*Partia Revolucionare Shqiptare* – PRSh) im Kosovo enge Verbindungen zu beiden diesen Organisationen. Die AKSh und die Mazedonische Nationalfront (*Makedonskiot Nacionalen Front* – MNF) übernahmen mit zwei Bekanntgaben die Verantwortlichkeit für den Bombenanschlag vor dem

⁶ *Vest* vom 18.03.2002.

Parlamentsgebäude in Skopje am 31. Oktober 2002.⁷ Die MNF gab ihre Absicht bekannt, mehrere mazedonische und albanische Politiker – darunter Trajkovski, Crvenkovski, Ljupčo Georgievski und Ali Ahmeti – zu liquidieren, um “den mazedonischen Staat und das mazedonische Volk zu retten”. In der Bekanntgabe dieser Formation heißt es, daß ein Krieg gegen „die mazedonischen Verräter und die Shqiptar⁸-Terroristen” erklärt wird, die “aus dem heiligen mazedonischen Land ausgetrieben werden müssen.” Gleichzeitig wurden die Medien angedroht, die die Bekanntgaben dieser Formation ignoriert haben. Der Anschlag vor dem Parlamentsgebäude stellte nur den Anfang dar, und „ab November [2002] werden Branko Crvenkovski, Ljupčo Georgievski, Ljube Boškovski, Boris Trajkovski, Ali Ahmeti und noch andere zehn Terroristen im Parlament, danach Ljubomir Frčkovski, die Führung der SDSM und die Führung der VMRO-DPMNE eliminiert werden”. Ihrerseits hieß im „Kommuniqué Nr. 20” der AKSh, diese Formation sei bereit für “einen kompromislosen Krieg für die Vereinigung des ethnischen Albanien”. Dieses Kommuniqué wurde vom “Generalstab der AKSh” für die “3. Zone” ausgegeben, und vom Sprecher der AKSh Oberst Ilir Duraku unterzeichnet; der Anschlag gälte der neuen “slawomazedonischen” Regierung; die Parlamentswahlen wären ungültig, denn sie wären “unter ethnischem Druck” seitens der “Löwen”- und “Tiger”-Einheiten (des Innenministeriums) durchgeführt worden. Weiter hieß es, daß Tausende Albaner ihre Namen auf den Wählerlisten hätten nicht finden können. Die AKSh trat somit gegen alle politischen Kräfte der Albaner auf, die am politischen Leben des Landes überhaupt beteiligt waren. Im “Kommuniqué Nr. 20” vom 1. November 2002 hieß es dazu: “Die Diskriminierung der Albaner wurzelt im mazedonischen Grundgesetz, wo einer Mehrheitsbevölkerung, wie die Albaner in ihren Heimatsgebieten es sind, weniger als ein Drittel der Sitze im Parlament der FYROM⁹ zukommen! Tausende Albaner sind als Wahler nicht registriert worden, und weitere über 200.000 Albaner werden nicht registriert werden aufgrund des diskriminierenden slawo-mazedonischen ‘Gesetzes über die Eintragung der Bevölkerung’, die die Slawo-Mazedonier zwischen 1. und 15. November 2002 zu machen sich beeilen. Die AKSh erkennt den künstlichen Staat der FYROM nicht an. Sie wird die versklavte und kolonisierte Stellung der einheimischen albanischen Bevölkerung unter dem serbo-slavo-mazedonischen Kolonialismus akzeptieren. Die AKSh ist entschieden, für das ethnische Vereinigte Albanien, für einen einheitlichen albanischen Staat auf dem Balkan kompromißlos zu kämpfen. [...] Zu den Slawo-Mazedoniern ‘verbinden’ uns Albaner allein bittere Erfahrungen, zahllose Morde und Genozide, die sie an den einheimischen Albanern verübt haben. [...] Wir haben unseren eigenen Staat – Albanien.”

Bezüglich der vermutlichen Beziehungen der AKSh – und vielleicht auch der FBKSh – zur PRSh im Kosovo, wobei die Bildung eines oppositionellen Blocks

⁷ *Dnevnik* vom 02.11.2002.

⁸ Schimpfbezeichnung für die Albaner.

⁹ *Former Yugoslavian Republic of Macedonia* (der im Ausland alleingültige offizielle Staatsname Mazedoniens).

gegen die BDI – und möglicherweise auch gegen Teile der UÇK – sich abzeichnete, der die radikaleren Elemente hätte aufnehmen können, ist zu bemerken, daß die Zukunft Mazedoniens nicht unwesentlich von der weiteren Entwicklung im Kosovo abhängt. Eine große Rolle spielt die endgültige Statusfrage des nach UNO-Resolution 1244 weiterhin zur Bundesrepublik Jugoslawien gehörenden internationalen Protektorats. Sollte es nicht in absehbarer Zeit von der Gesamtheit der albanischen Bevölkerung geforderten Unabhängigkeit kommen, könnten paramilitärische Formationen weiterhin versuchen, die Region und vor allem das Nachbarland zu destabilisieren, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Im Jahre 2002 zeigte sich jedoch, daß es kaum eine Alternative zur Unabhängigkeit der ehemaligen serbischen Provinz geben kann, und die Parlamentswahlen im Kosovo im November vorigen Jahres hatten ein weiterer Schritt in dieser Richtung bedeutet. Ramush Haradinaj, der Vorsitzende der “Allianz für die Zukunft Kosovas” (AAK), bemerkte dazu, daß ohne ein unabhängiges, stabiles Kosovo keine Stabilität in der Region erreicht werden könnte. Derzeit ist unbestreitbar, daß eine mögliche Unabhängigkeit des Kosovo nicht zu einer “großalbanischen Lösung” führt – dafür ist das Mutterland Albanien immer noch viel zu unattraktiv, und die Interessen der Eliten in Tirana, Prishtina und Mazedonien sind nicht kongruent. Eine “kleinalbanische Lösung” dagegen, d.h. die Vereinigung des Kosovo mit Nordwestmazedonien, wäre nicht völlig auszuschließen. Die mazedonische UÇK strebte eine Föderalisierung des Landes an, was aufgrund der jetzt schon vorhandenen Segregierung der beiden Ethnien eine Teilung des Landes zur Folge hat. In den Gebieten mit gemischter Bevölkerung wie dem südlichen Teil Westmazedoniens und der Hauptstadt Skopje besteht auch heutzutage ein hohes Konfliktpotential.

Mazedonischerseits waren Beziehungen nationalistischer krimineller Strukturen zu politischen Akteuren zu erkennen. Aus den Angaben des Innenministeriums stellte sich heraus, daß diese Strukturen am aktivsten in Kumanovo und Umgebung waren, wo die Mafia zusammen mit den mazedonischen nationalistischen Kräften arbeitet(e).¹⁰ Die Polizei in Kumanovo wie auch die örtlichen Gangs waren durch die Familie Daravelski des Direktors der Zollbehörde Dragan Daravelski kontrolliert, die bei den Parlamentswahlen Mitte September 2002 den Wahlkampf der VMRO-DPMNE unterstützt hatte. Später wurde zum angesehensten Mafiachef in Kumanovo Goran Đorđevski alias Mujo, ehemaliger Kommandant einer paramilitärischen “Löwen”-Einheit des Innenministeriums. Mehrere Beschwerden waren gegen ihn erhoben worden, jedoch unterließ die Polizei hat jede Ermittlung. Mujo hatte seine illegalen Tätigkeiten Anfang der 1990er Jahre mit unzugelassenen Rennsportwettbewerben angefangen, danach hatte er zum Waffen- und Drogenschmuggel und zum Menschenhandel mit Prostituierten gewechselt. Dabei wurde er während einer Auseinandersetzung mit der albanischen Mafia verletzt. Kurz vor den Parlamentswahlen im Jahre 1998

¹⁰ *Start* Nr. 65 (September 2002).

näherte er sich Dragan Daravelski und damit der VMRO-DPMNE an. Mujo hatte eine Stelle bei der Zollbehörde erhalten, die seine illegalen Betreibungen erleichterten. In den vier Jahren der Machtübung durch die VMRO-DPMNE ist Mujo zum einem der wichtigsten Chefs der Mafia nicht nur in Kumanovo, sondern auch landesweit geworden. Er verfügt(e) sogar über eine eigene Leibwache von Serben, die derselben "Löwen"-Einheit angehören, und an Operationen in Bosnien, und dem Kosovo teilgenommen hatten. Am 5. September 2002 schlugen Mujo und drei seiner Freunde – aus noch unereklärten Gründen – einen OSZE-Beobachter und einen Polizeioffizier.

Ebenfalls bei den Parlamentswahlen vor vier Jahren hat die VMRO-DPMNE einen anderen Mafioten namens Cako (Serbe) rekrutiert. Er hatte zwei Morde verübt – einen an einem Albaner –, wurde jedoch dank seiner Freundschaft mit Daravelski nicht festgenommen. Im Mai 2001 wurde er von der UÇK gekidnappt und verbrachte vier Monate als Geisel in Lipkovo, danach wurde er von der serbischen Polizei aufgrund eines mazedonischen Haftbefehls verhaftet und ausgeliefert, die mazedonischen Behörden ließen ihn jedoch wieder frei. Im August 2002 war er wieder an einer Schlägerei mit Albanern beteiligt. Während des Wahlkampfs für die Präsidentschaftswahlen Ende des Jahres 1999 hatten Romeo Zivić und Darko Gligorov-Sinter auf einen Vertreter der SDSM geschossen. Sinter war selbst eine Hauptfigur des organisierten Verbrechens: Er beschäftigte sich mit dem Schmuggel von Zigaretten und gestohlenen Wagen aus Bulgarien, und war auch am von Dragan Daravelski dirigierten Benzinschmuggel beteiligt. Sinter und sein Bruder Fidel Gligorov, Vizechef der Zollbehörde in Gevgelija (Südost-Mazedonien), waren schon wegen ihrer Beteiligung an einem Skandal um diese Geschäfte im Juli 2001 bekannt.

In Kumanovo hatten – und vermutlich noch haben – auch die albanischen Parteien Verbindungen zur organisierten Kriminalität: Einer der Spitzenpolitiker der PDSH in Kumanovo heißt Bajrush Sejdi, ein Verwandter des stellvertretenden Parteichefs Menduh Thaçi. Er war einer der größten Waffen- und Kokaischmuggler aus dem Kosovo nach Mazedonien, und Eigentümer mehrerer Lokale, die oft unter Geschützfeuer kamen. Auch die BDI hat(te) hier ihre Partisanen – die Bruder Nazim aus Cerkeze, die in Kumanovo ein Restaurant besitzen; der einzige Mazedonier, die es betreten hat, war Mujo. Die mehrheitlich albanisch bevölkerten Dörfer um Kumanovo – insbesondere Lipkovo – bleiben wegen der häufigeren interethnischen Konflikte und der Ausschreitungen anlässlich der Wahlen in den letzten Jahren bekannt, wann die PPD stark war. Bei den Wahlen im Jahre 2002 hat jedoch auch hier die BDI den Sieg davongetragen.

Der PPD wurden übrigens seit langem Beziehungen zu bewaffneten Organisationen nachgesagt. Der ehemalige Parteichef Imer Imeri und seine engsten Mitarbeiter hatten schon im Jahre 1993 von der damaligen mazedonischen Regierung beschuldigt worden, Mitglied einer albanischen paramilitärischen Vereinigung zu sein und ein von albanischen Extremistenkreisen abgehaltenes Referendum für einen unabhängigen albanischen Staat auf dem Territorium

Mazedoniens mit dem Namen *Ilirida* vorbereitet zu haben. Während des Konfliktes im Jahre 2001 liebäugelte Imer Imeri mit der UÇK; er betonte, die Forderungen seiner Partei und die der UÇK lägen nicht sehr weit auseinander. Auch die kleinere PDK des Kastriot Haxhiredha befürwortete eine radikalere Politik als die PDSH und die BDI. Die PDK galt während des Konfliktes als politischer Arm der UÇK, was Haxhiredha bestreite.

Die AKSh war schon lange als möglicher Opponent zur UÇK bzw. zu Ali Ahmeti und die von ihnen geführten politischen Strukturen aufgetreten. Das eklatanteste Beispiel dazu war der interalbanische Konflikt in Mala Rečica bei Tetovo im April 2002, als es zwischen Anhängern der AKSh einerseits und des albanischen Koordinationsrates andererseits zu bewaffneten Auseinandersetzungen kam,¹¹ die sich im Juni und Juli in den Šar-Gebirgen und dem Gebiet Kumanovo-Lipkovo in Nord-Mazedonien wiederholten. Im April kamen beim Überfall auf den Sitz des albanischen Koordinationsrates in Mala Rečica durch AKSh-Anhänger sieben Personen ums Leben, und zehn wurden verletzt; seitens der AKSh wurden z.T. schwere Waffen gebraucht. Der Überfall war gegen Ali Ahmeti gerichtet, der sich jedoch zu jener Zeit beim Sitz des früheren UÇK-Generalstab im Dorf Šipkovića aufenthaltete. Die AKSh begründete den Anschlag in einem Kommuniqué mit der Mißhandlung und Festnahme mehrerer seiner Anhänger durch Ex-Kommandanten der UÇK – Daut Rexhepi, Samedin Xhezairi, und Sadri Fazliu –, die angeblich die Absicht hatten, diese an die mazedonische Polizei auszuliefern. Ali Ahmeti hatte nämlich erklärt, daß die AKSh-Anhänger sollten “verurteilt, isoliert und aus den albanischen Siedlungen vertrieben” werden.

Mazedonische Quellen gaben an, daß die Hintergründe zum inneralbanischen Konflikt nicht nur aus Abrechnungen zwischen einzelnen Führern oder klassischen Konflikte zwischen Gangs beständen. Andererseits zeichnete sich zurzeit eine Umgruppierung der AKSh in der Region Lipkovo-Lojane, während die noch bestehenden Kräfte der UÇK im Gebiet Kumanovo konzentriert waren; dies schien jedenfalls die Lage im Sommer 2002 gewesen zu sein. Ferner wurde berichtet, daß die UÇK bereits ein Vordringen der AKSh zuerst nach Skopje und danach nach Gostivar und Tetovo verhindert hätte, jedoch aus einem Kommuniqué der AKSh von Anfang September 2002 geht hervor, daß die AKSh in den letzteren zwei Gebieten “Stellungen besetzt” hielt. Der AKSh wurde die Ermordung von drei ehemaligen Offizieren aus dem “Schutzkorps Kosovo” (*Kosovo Protection Corps* – KPC) im Dorf Lisec zugeschrieben. Es wurde angegeben, daß eine Mehrheit der Ex-Offiziere des KPC sowie die meisten Anhänger der südserbischen UÇPMB mit der AKSh sympathisierten bzw. in deren Reihen tätig wären.

Andererseits wurde es angegeben, daß unter den AKSh-Anhängern, die den Anschlag gegen den damaligen Sitz Ali Ahmetis in Mala Rečica durchgeführt hatten, einige Ex-Offiziere des KPC gewesen wären, die für kurze Zeit vor ihrem Beitritt zur AKSh auch in der UÇK tätig gewesen waren, und Ali Ahmeti und den

¹¹ *Start* Nr. 165 (April–Mai 2002).

PDSH-Vizeparteichef Menduh Taçi für die Lebensverluste in den Reichen der Albaner verantwortlich machten und deshalb deren Liquidierung für notwendig hielten; vor dem Anschlag hätten beide Politiker Drohbriefe erhalten. Die albanische Opposition gegen Ahmeti – wie gegen die albanischen Parteien im allgemeinen – lehnte das Ohrider Abkommen und die Versuche zur Integrierung der Albaner ab, und war und bleibt damit prinzipiell gegen jede Form politischer Betätigung der Albaner im mazedonischen Staat; die albanischen Politiker erscheinen als Verräter und Kollaborateuren der mazedonischen Behörden.

Die Lage der albanischen Bevölkerung Ende 2002 / Anfang 2003

Eine der ersten Verlangen der BDI nach ihrem Sieg bei den letzten Parlamentswahlen bezog sich auf den Gebrauch der albanischen Sprache auf den Parlamentssitzungen. Dieses Verlangen hat seitdem erhebliche Schwierigkeiten in der Arbeit der Regierungskoalition bereitet, und seit Mitte Dezember 2002 die Boykottierung der Arbeit der Parlamentsausschüsse durch die BDI-Abgeordneten verursacht. Als die BDI-Abgeordnete Teuta Arifi ihre Rede im ausenpolitischen Ausschuß in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende dieses Ausschusses auf albanisch einleitete, verliessen ihre mazedonischen Kollegen die Sitzung.¹² Dies war der zweite Zusammenfall dieser Art: Der erste fand hatte stattgefunden, als der Vorsitzende des wirtschaftlichen Ausschusses Adnan Jashari (BDI) die Sitzung auf albanisch eröffnete.

In der ersten Hälfte von Januar 2003 gab die BDI jedoch bekannt, daß sie in der Frage der Gleichsetzung des Albanischen als alternative Arbeitssprache im Parlemt kompromisbereiter sein könnte, wenn der Posten des stellvertretenden Parlamentsvorsitzenden an den früheren UÇK-Kommandanten Hisni Shaqiri gegeben würde.¹³ Quellen aus der Regierungskoalition zufolge soll es sich dabei sogar um "eine Art Ultimatum" der BDI gehandelt haben, wobei diese Partei gleichzeitig auch politische Gewinne ihren Gegnern im albanischen Lager (PDSH und PPD) gegenüber verfolgten, indem sie das von diesen beiden Parteien unerreichten Ziel der Gleichsetzung des Albanischen als zweite Arbeitssprache im Parlament verwirklichen würde. Der Parlamentsvorsitzende Nikola Popovski (SDSM) erklärte, daß die Ernennung Shaqiris zu seinem Stellvertretenden "eine peinliche Entscheidung" gewesen sei. In der BDI hieß es jedoch, daß niemand das Anrecht Shaqiris, für diesen Posten zu kandidieren, hätte bestreiten können. Shaqiri gab selbst an, daß er dabei die völlige Unterstützung seiner Partei für sich hätte.

Trotzdem hat auch das Nachgeben der SDSM und LDP in der Frage nach dem Gebrauch der albanischen Sprache im Parlament, indem den albanischen Abgeordneten kürzlich erlaubt wurde, die Sitzungen des Plenums bzw. der einzelnen Kommissionen in ihrer Muttersprache zu führen, die Beseitigung aller

¹² *Dnevnik* vom 20.12.2002.

¹³ *Dnevnik* vom 14.01.2003.

Streitfragen nicht von selbst herbeiführen. "Wenn es erlaubt wird, daß in den Ausschüssen das Albanische zum Gebrauch kommt, wird dies analogisch auch für die Plenumsitzungen zur Geltung gebracht. Und auf diese Art, wenn ein Abgeordneter der BDI als Vizepräsident des Parlaments den Vorsitz führen wird, wird er das Recht haben, die ganze Sitzung auf albanisch zu führen", so der ehemalige Parlamentsvorsitzende Stojan Andov (LP – Koalitionspartner der VMRO-DPMNE).

Bisher hatten die albanischen Abgeordneten ihre Muttersprache nur mündlich und allein in ihrer Eigenschaft als Abgeordneten gebrauchen dürfen. Die innere Regelung des Parlaments sah vor, daß die Arbeitssprache im Parlament "die mazedonische Sprache in kyrillischer Schrift" wäre, jedoch dürfte sie ein Abgeordneter, dessen Muttersprache von mindestens 20 Prozent der Bevölkerung gebraucht wird, auf der Plenumsitzung wie in den Parlamentsausschüssen mündlich verwenden. Die mazedonischen Abgeordneten deuteten diese Vorschrift in dem Sinne aus, daß ihre albanischen Kollegen ihre Muttersprache nur mündlich und ausschließlich in deren Eigenschaft als Abgeordneten – und nicht als Vorsitzenden von Parlamentsabschüssen – verwenden dürften. Bereits vor der Annahme dieser Bestimmung hatten jedoch die PDSH und PPD vergeblich versucht, den Gebrauch der albanischen Sprache im Parlament auf einer höheren Stufe durchzusetzen.

Die BDI erklärte sich ebenfalls unzufrieden mit der Haltung ihrer mazedonischen Partner in der Regierungskoalition bezüglich der Umsetzung des Ohrider Abkommens. Der BDI-Abgeordnete Fatmir Asani erklärte Ende Dezember 2002, daß deren Verweigerung der Annahme der albanischen Sprache im Parlament einen Versuch für die Umgehung des Ohrider Abkommens darstellte; die mazedonischen Politiker seien "nicht bereit, der Wahrheit ins Auge zu sehen".¹⁴ Er verlangte ebenfalls, daß das Staatsfernsehen die Parlamentsitzungen ohne Simultanübersetzung aus dem Albanischen ins Mazedonische übertragen sollte, da sonst die Albaner "nicht den Eindruck haben, daß ihre Sprache im Parlament verwendet wird".

Die BDI verlangte die Verwendung der albanischen Sprache neben der mazedonischen auf dem mazedonischen Paß. Als Vorbilder könnten der schweizerische oder slowenische Paß dienen, und darum würden Beratungen innerhalb der Regierungskoalition geführt werden können – so die Parteisprecherin Ermira Mehmeti.¹⁵ Der Vizepremier Musa Xhaferi erklärte seinerseits in einem Fernsehinterview Mitte Januar 2003, daß dieser Vorschlag seiner Partei keine Gefahr für die Einheit des Staates darstellte, und kein politisches Problem sein dürfte. Die Diskussionen zu diesem Thema beziehen sich auf die konkrete Form der albanischen Inschriften auf dem Paß. Die Parteien, die das Ohrider Abkommen unterzeichnet hatten, waren über ein Termin für die Verfertigung des entsprechenden Gesetzestexten Anfang Juni 2002 übereingekommen, in Regierungskreisen hieß es

¹⁴ *Utrinski Vesnik* vom 27.12.2002.

¹⁵ *Dnevnik* vom 15.01.2003.

jedoch, daß das Gesetzesentwurf bis Mitte April 2003 abgefaßt werden könnte. Trotzdem bestand die SDSM darauf, daß auf der ersten Seite des Passes allein die mazedonische und die englische Sprache verwendet werden sollten, da auf dem Paß, der als Ausweis zum Gebrauch im Ausland dienen müßte, die Sprache einer ethnischen Gemeinschaft nicht verwendet werden dürfte – so der SDSM Parteisprecher Igor Ivanovski.

Auch die oppositionellen PPD und PDSH verlangten eine schnellstmögliche Lösung dieses Problems, sowie eine Verpflichtung seitens der Regierung in der Frage der Einstellung von Personen aus den ethnischen Gemeinden in der öffentlichen Verwaltung. Das Pässegesetz ist eine Aufgabe, die schon das vorige Parlament hätte lösen müssen, aber es wurde immer länger verzögert, so der stellvertretende PPD-Vorsitzende Abduladi Vejseli. Er fügte hinzu, daß mit der Festlegung von Terminen “der Spielraum für die Verwendung anderer Methoden [als der im Ohrider Abkommen vorgesehenen] abgeschafft wird, in dieser Lage, wo die Stabilität des Landes so wichtig ist”.¹⁶ Diese Stellungnahme erfolgte vor einem Treffen der Chefs der vier Parteien, die das Ohrider Abkommen unterzeichnet haben, beim Staatspräsident Trajkovski, dem auch OSZE-Beobachter beiwohnten.

Ende Dezember 2002 nahm die Regierung einen Entwurf für die Abänderung des Rahmenbkommens an bestimmten Punkten an – Heimkehr der Vertriebenen, Wiederaufbau der Wohnräume, Festigung der Sicherheit, verwaltungsmässige Dezentralisierung, und die Vorbereitung mehrerer Gesetzestexte. Der PDSH-Vorsitzende Arben Xhaferi erklärte seinerseits, daß ihre Partei Druck ausüben würde, damit “aufgrund des Ohrider Abkommens die albanische Sprache auf sämtlichen Personal- und Reiseausweisen verwendet wird. Und wenn das Pässegesetz auf die Tagesordnung [des Parlaments] kommt, werden wir unseren eigenen Entwurf vorschlagen.” Mit der Forderung der PDSH und PPD nach der Lösung des Pässeproblems war auch die VMRO-DPMNE einverstanden, aber die SDSM erklärte sich kategorisch gegen dieses Verlangen ihrer politischen Gegner. Der Vizepremier Musa Xhaferi sprach sich seit Mitte Dezember 2002 aus mehreren Anlässen öffentlich über die Meinungsauseinandersetzungen zwischen den Koalitionspartnern BDI und SDSM aus.

Die albanischen Forderungen, die dank der stärkeren parteipolitischen Vertretung nach den Parlamentswahlen einen politischen Rückhalt finden, sind vielfach. Die BDI verlangte, daß die staatliche Sozialversicherung auch den Familien der Opfer des bewaffneten Konflikt im Jahre 2001 aus den Reihen der UÇK zukommen sollte – nach dem Vorbild der Geldentschädigungen, die den Familien der Opfer aus den Reihen der mazedonischen Sicherheitskräfte. Der BDI-Abgeordnete Hisni Shaqiri erklärte, daß ein objektives Herangehen an den Konflikt fordern würde, daß die Regierung die Opfer dieses Konfliktes auf albanischer wie auf mazedonischer Seite gleichmässig behandeln sollte. Dieses Problem sollte auf

¹⁶ *Vest* vom 26.12.2002.

institutionellem Wege – in der Regierung oder im Parlament – eine Lösung finden.¹⁷ Die SDSM schätzte ihrerseits, daß diese Frage nicht unter den Prioritäten der Regierung wäre: “Wenn das Ziel der Abgeordneten der Parlamentsmehrheit und der Regierungskoalition die Stabilisierung des Landes und die Schaffung der Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung ist, müssen die Aussagen und politischen Betätigungen, die uns in die Vergangenheit zurückführen, ausbleiben. Zurzeit hat die Regierungskoalition am wenigsten einhundert andere Prioritätsaufgaben vor sich, als das, was Hisni Shaqiri erwähnt”, so Parteisprecher Igor Ivanovski. Auch die oppositionelle VMRO-DPMNE war natürlich gegen den Vorschlag Shaqiris: “Nie darf vergessen werden, daß die BDI der politische Flügel der UÇK ist, die den Krieg in Mazedonien entfacht hat, bzw. daß ihre Anhänger es sind, die die Mitglieder der mazedonischen Sicherheitskräften getötet, ethnische Säuberung getrieben, und Häuser verbrannt und zerstört haben. Deswegen ist es unannehmbar, daß es um irgendwelche Entschädigung ihrer Familien oder Gleichsetzung mit den Opfern, die die Polizei und die Armee gegeben haben, geredet wird”, so der Sprecher der VMRO-DPMNE Marjan Đorčev.

Diese Forderung der BDI wurde von der PPD unterstützt, deren Vizeparteichef Xhezair Shaqiri, der einstige “Kommandant Hoxha”, ist. Ihm zufolge müßte sich die Regierung, die die Stabilisierung der Sicherheitslage im Lande als ihre erste Aufgabe betrachtet, auch um die Lage der Familien der Zivilopfer sowie deren der Opfer der UÇK kümmern. Dies sollte ein Teil des Vorgangs der Integrierung und des Wiederaufbaus der Gesellschaft sein.

Die Regierung annullierte Ende November 2002 einen Beschluss des vorigen Kabinetts, der eine Entschädigung von je 50.000 Euro für die Familien der im Konflikt umgekommenen Mitglieder der Sicherheitskräfte vorsah. Der Beschluß wäre nicht durchführbar und rechtlich ungerechtfertigt, da ein Gesetz über die Sonderrechte der Mitglieder der Sicherheitskräfte und der Mitglieder ihrer Familien schon bestände. Beim Verteidigungsministerium wurde eine Kommission angesetzt, welche die unmateriellen Schaden der verwundeten und beschädigten Armeeangehörigen feststellen sollte. Auf dieser Grundlage und entsprechend den verfügbaren Finanzmitteln sollten die Entschädigungen für deren Familien gerechnet werden.

Das gegenseitige Mißtrauen zwischen Albanern und Mazedoniern wurde periodisch durch verschiedene Zusammenfälle zugespitzt, die in der Presse gerne ausgenutzt wurden. Ein Beispiel solcher ernsterer Zusammenfälle war die angeblich vorsätzliche Vergiftung mehrerer albanischer Schüler der Schule *Bajram Shabani* in Kumanovo im Dezember 2002, die “Symptome einer Massenpsychose” angenommen hat.¹⁸ Die Ursachen bleiben bis jetzt unerklärt. Die Eltern behaupteten, daß es um eine vorsätzliche Tat händelte, jedoch die Ärzte konnten keine eindeutige Beweise über die vermeintliche Anwendung des Giftstoffes in den

¹⁷ *Utrinski Vesnik* vom 10.12.2002.

¹⁸ *Vest* vom 14.12.2002.

Speisen, die den albanischen Schülern verteilt wurden, aufbrühen. Die OSZE-Beobachter und die örtliche Polizei in Kumanovo nahmen mehrere Schulen in der Stadt und Umgebung unter Aufsicht. Die Angst nahm zu, als nach den ersten Fällen, wobei es sich wahrscheinlich um die Vergiftung der Speisen gehandelt hatte, mehrere Schüler Luftvergiftungssymptome aufwiesen.

Im allgemeinen scheint der Koexistenz der beiden Ethnien in Mazedonien jegliche wirkliche Grundlage zu fehlen. Dem PDSH-Parteichef Arben Xhaferi zufolge würden die mazedonischen Albaner niemals die Idee einer politischer Nation – bzw. einer Nation, die nicht auf ethnischer, sondern auf konsensueller Grundlage gebildet ist – und die Bezeichnung “Mazedonier” für sich nie akzeptieren.¹⁹ Dies wäre möglich, nur wenn der Staatsname “Mazedonien” nicht als ethnischer, sondern als geographischer Begriff gebraucht würde – wie es der Falle des Kosovo, der Schweiz, Belgiens oder Kanadas ist. Die politische Nation führte zur Assimilierung, so daß am Ende “nur noch Albanien-Albaner, Kosovo-Albaner, Mazedonien-Albaner, Serbien-Albaner, Montenegro-Albaner geben wird. Die Albaner wurden böse, wenn man sie Jugoslawer nannte, und heutzutage werden die Albaner aus Presheva gemäß dem politischen Nationsbegriff aufgefordert, sich Serben zu nennen, weil so wird der Staat genannt, wo sie leben”. Die Albaner außerhalb ihres Nationalstaates hätten den politischen Nationsbegriff nie angenommen, sondern allein den ethnischen, so Xhaferi.

Der Streit um die Staatssymbole hatte schon vor mehreren Monaten eingesetzt: Unmittelbar nach ihrem Wahlsieg forderte die BDI die Anerkennung der albanischen Flagge als Symbol der albanischen Gemeinschaft. Im November 2002 entschied das Verfassungsgericht, daß das Vorzeigen der Symbole anderer Staaten gesetzeswidrig wäre. Der Vizeparteichef der BDI Iljaz Halimi erklärte, daß diese Entscheidung den Bestimmungen des Ohrider Abkommens zuwiderliefe, denn dies die Annahme eines Gesetzes erlaubte, das die Verwendung der albanischen Flagge regelt.²⁰ Der PKD-Parteisekretär Xhevat Ademi war der Meinung, es sollte per Gesetz verfügt werden, daß die rote Flagge mit dem schwarzen Doppelkopfadler in der Mitte nicht nur als Staatsflagge der Republik Albanien, sondern auch als “Nationalflagge der Albaner” anerkannt werden soll. Bei der BDI hieß es, daß diese Frage “in einer angespannten Stimmung, abhängig von der Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens erörtert” werden sollte. Ihr Koalitionspartner SDSM schätzte, daß das Ohrider Abkommen in seiner Gesamtheit umgesetzt, und die Verwendung der Symbole der ethnischen Gemeinschaften erst danach geregelt werden sollte.

Jedenfalls wurde die albanische Flagge am Tag der albanischen Nationalsymbole (dem 30. November) weniger auffallend vorgezeigt als in den vorigen Jahren: Sie fehlte nämlich auf den offiziellen Gebäuden der Gemeindebehörden und auf den Straßen in Tetovo und Gostivar, wo es darum im

¹⁹ *Dnevnik* vom 29.11.2002.

²⁰ *Utrinski Vesnik* vom 30.11.2002.

Jahre 1996 zu blutigen Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen war. Die albanische Flagge wurde jedoch vor mehreren albanischen Schulgebäuden in Tetovo und Umgebung sowie auf der Autobahn Tetovo-Jažince gehißt. Iljaz Halimi konnte diese Zurückhaltung nicht auslegen.

In Mazedonien gibt es kein Gesetz über die Verwendung der Symbole der ethnischen Gemeinschaften. Die erste SDSM-Regierung hatte Mitte der 1990er Jahre ein Gesetzesentwurf abgefaßt, der das Hiszen dieser Flaggen vor den Gebäuden der Staatsinstitutionen in den von nationalen Minderheiten bewohnten Gebieten erlaubte, das Verfassungsgericht annullierte ihn jedoch mit der Begründung, daß das Vorzeigen der Symbole anderer Staaten verfassungswidrig sei. Das Ohrider Abkommen sieht vor, daß die örtlichen Behörden neben den Staatssymbolen der Republik Mazedonien auch die Symbole der jeweiligen Minderheit vorzeigen sollten. Der Meinung der Rechtsexperten zufolge sei diese Verfügung vom Verfassungsgericht nicht beachtet worden. Eine Lösung wäre die Verwendung einer geänderten Flagge, die mit der Staatsflagge der Republik Albanien nicht identisch ist, dies wurde aber von allen albanischen Parteien kategorisch abgelehnt. Mazedonischerseits war die Haltung gleichfalls unnachgiebig. Der SDSM-Parteisprecher Igor Ivanovski erklärte, daß "in Mazedonien für uns die einzige Flagge, die gehißt werden darf, die offizielle Staatsflagge ist. Als Partei nehmen wir die Verfügungen des Ohrider Abkommens völlig an, und diese werden bestimmt Teil der entsprechenden Gesetzesentwürfe sein. Um die Identitätssymbole muß zuerst eine politische Vereinbarung erzielt werden."

Ein weiteres Problem, das die interethnischen Beziehungen in Mazedonien zu verschlechtern drohte, stellte die Grenzziehung zum Kosovo dar.²¹ Die albanischen Parteien in Mazedonien schätzen, daß die Festlegung der Nordgrenze zu Jugoslawien und insbesondere zum Kosovo eine tendenziöse Massnahme sei, die zusätzliche Spannungen erzeugen werde. Der stellvertretende Vorsitzende der BDI Agron Buxhaku sagte Ende 2002 dazu, daß "die Festlegung der Grenze zehn Jahre lang gewartet hat, und man sollte damit nicht so schnell fertig werden, da diese Entscheidung Probleme erzeugen kann". Buxhaku war der Meinung, daß zuerst der Status des Kosovo entschieden werden müßte, bevor eine Entscheidung in der Grenzfrage getroffen wird, die mit den künftigen Behörden ausgehandelt werden sollte. Kosovo wäre zurzeit noch ein Protektorat – auch wenn es in absehbarer Zukunft seine Unabhängigkeit erlangen würde –, dessen Übergangsregierung kein Mandat hätte, über dieses Problem zu entscheiden. Wenn die demokratischen Institutionen und das Volk des zukünftigen Staates nicht eingebunden würden, könnte sich jede Entscheidung als verfrüht erweisen. Buxhaku zufolge wäre auch das Grenzziehungsabkommen unzulänglich für die Lösung der praktischen Probleme um die Vermögen der Bewohner auf beiden Seiten der Grenze, weil "wenn dieses Problem gelöst wird, wird es kein Problem mehr mit der Beschleunigung des Grenzziehungsvorgangs geben wird." Hisni Shaqiri kommentierte

²¹ *Utrinski Vesnik* vom 27.11.2002.

dazu, daß das Grenzziehungsabkommen absichtlich die Einwände der mazedonischen Albaner und der kosovarischen politischen Strukturen ausser Acht ließe. Ihmzufolge sollte die mazedonische Regierung die Grenzenfrage mit der Übergangsregierung in Prishtina im voraus erörtert haben, um eventuelle künftige Probleme zu vermeiden. Ismet Ramadani (PPD) zufolge sollten sowohl die UNMIK wie auch die kosovarischen Behörden eingebunden werden. Xhevat Ademi (PKD) kommentierte, daß "die neue mazedonische Regierung zusammen mit den Albanern Probleme schaffen, womit sie sich später werden auseinandersetzen müssen."

Beim Außenministerium wurden die Aussagen verschiedener albanischer Politiker zu diesem Thema nicht kommentiert. Man beharrte darauf, daß das Grenzabkommen zwischen Mazedonien und Jugoslawien international anerkannt und von den Vereinten Nationen, USA, EU, NATO, und OSZE gebilligt worden wäre. Vielmehr würde eine mögliche Zusammenarbeit mit der kosovarischen Übergangsregierung nicht einmal erwähnt – Kontakt würde allein "mit der UNMIK unter Vorabrede mit Belgrad laut Beschluss Nr. 1244 der Vereinten Nationen" aufgenommen werden. Die Erörterung der konkreten Fragen bezüglich der Ortsbevölkerung in den Grenzgebieten wurden auf künftige bilaterale Treffen vorgeschoben. In diesem Zusammenhang gaben Quellen aus dem Außenministerium an, daß die Eröffnung vier neuer Grenzübergänge in Betracht gezogen werde – Restelica, Tanuševci, und zwei Punkte bei Kriva Palanka. Darüber sollte innerhalb der Regierungskoalition Einstimmigkeit herrschen. Dieselbe Quelle teilte mit, daß Bajram Rexhepi in der Schweiz versichert hätte, daß das Kosovo die Grenze zu Mazedonien beachten würde. Andererseits erklärte der Vorsitzende des Parlaments in Prishtina Nexhat Daci, daß die kosovarischen Institutionen diese Grenze nie anerkennen würden; er bedauerte, daß die UNMIK und KFOR bei den bilateralen Treffen über die Grenzziehung nicht eingeladen worden wären.

Großes Aufsehen erregte Anfang Dezember 2002 die Nachricht, daß die BDI mazedonische Mitglieder in Bitola mit Geld kauft.²² Jeder Mazedonier, der der BDI beitrifft, sollte 2500 Euro sowie monatlich 100 Euro als Familienunterstützung bekommen. Zusätzlich sollten günstige Geschäfte – drei bis fünf pro Jahr – sowie Finanzierung von Studienaufenthalten von begabten Schülern und Studenten im Ausland ohne Berücksichtigung ihrer ethnischen Angehörigkeit angeboten werden. Die Agenten, die sich mit der Rekrutierung neuer Mitglieder für die BDI beschäftigen sollten – sie seien mehrheitlich örtliche Albaner gewesen –, hätten je 500 Euro für jeden neuen Mitglied erhalten. Eine Mehrheit der Bewohner Bitolas sollten sich bereit gezeigt haben, der BDI für jenes Geldbetrag beizutreten, fürchteten sich jedoch, daß ihre Häuser oder Geschäfte verbrannt werden könnten. "Ahmeti ist heute nicht mehr das, was er letztes Jahr [2001] war. Jetzt ist er ein Sozialdemokrat, und gleicher Partner von Branko Crvenkovski. Mazedonien kann

²² *Dnevnik* vom 02.12.2002.

in Europa und NATO nur mit Ahmeti und niemand anderem treten, da dort, wo er eintreten kann, wird man Crvenkovski und Georgievski, und Trajkovski noch weniger, nicht einmal in den Wartesaal hineinlassen. Je früher wir Mitglieder der BDI werden, desto besser unsere Lage sein wird", so soll ein Mazedonier aus Bitola kommentiert haben. Es heißt, daß die BDI-Agenten Kontakte zu mehreren Geschäftsleuten geknüpft haben, denen sie die Vorteile der Mitgliedschaft in der BDI vorstellen und dabei sich beinahe auf einen Personenkult um Ali Ahmeti – "großer Strateg und Mann des Zukunfts des Balkans" – eingelassen haben. Ein Geschäftsmann kommentierte dazu: "Bitola ist eine traditionalistische Stadt, und hier ist es gefährlich, gebrandmarkt zu sein. Deshalb warten wir alle, dass jemand den ersten Schritt macht. Voriges Jahr war es für Crvenkovski gefährlich, mit Ahmeti das zu tun, was er dieses Herbst [Regierungskoalition nach den Parlamentswahlen] getan hat. Aber jetzt benutzt er die Gelegenheit. Das gleiche wird auch in Bitola passieren. Mazedonier werden in die BDI treten." Die örtliche BDI-Organisation in Bitola wies all diese Informationen zurück.

Die Orientierung der slawo-mazedonischen Bevölkerung

Die interethnischen Probleme aus der Sicht der slawo-mazedonischen Bevölkerung betreffen erstens die Lage der mazedonische Flüchtlinge aus den Krisenregionen und zweitens die ethnisch gemischten Schulen, die ständige Schwierigkeiten bereiten. Nach den Parlamentswahlen Mitte September 2002 war auf beiden Gebieten eine Radikalisierung der Slawo-Mazedonier zu beobachten.²³

Die Mehrheit der mazedonischen Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten und anderen Gebieten mit albanischer Mehrheitsbevölkerung – vor allem Tetovo, Kumanovo und die Umgebung von Skopje (Aračinovo) – weigerten sich, nach ihren Wohnorten rückzukehren, und forderten ihre endgültige Besiedlung in Skopje, wo sie seit fast zwei Jahren in Empfangszentren wohnten.

Eine Umfrage des "Zentrums für ethnische und sicherheitsmässige Fragen" beim Soziologieinstitut in der ersten Hälfte vom März 2003 zeigte, daß bei der slawo-mazedonischen Bevölkerung undemokratische Stimmungen und Einstellungen vorherrsch(t)en. Die Armee blieb die Institution mit dem höchsten Vertrauensgrad; auf der zweiten Stelle kam die Polizei. Die befragten Mazedonier nannten die Wiederherstellung der Ordnung und die Verbesserung der Sicherheitslage, sowie die Rückkehr der (mazedonischen) Flüchtlinge und Vertriebenen als die Bereiche, wo die Regierung bislang am wenigsten erfolgreich gewesen wäre. Die Albaner waren ihrerseits noch kritischer eingestellt, wobei jedoch die mangelhafte Umsetzung des Ohrider Rahmenabkommens als den einzelnen grössten Misserfolg der Regierung genannt wurde. Nach mehrtägigen

²³ Hierüber Klaus Schrameyer, "Stand der Implementierung des Rahmenvertrags von Ochrid vom 13. August 2002" in *Südosteuropa-Mitteilungen* 1 (2003): 77–90.

ergebnislosen Gesprächen mit den damaligen Ministern Hari Kostov (Inneres), Vlado Popovski (Minister ohne Ressort), und Jovan Manasievski (Arbeit und Soziales), erklärten die Vertreter der mazedonischen Vertriebenen aus Aračinovo – dem Vorort der Hauptstadt, wo im Frühling und Sommer 2001 gekämpft wurde –, daß sie nach ihrem Heimatort nicht rückkehren würden. Wenn die Regierung bis zum 24. März keine Lösund finden würde, würden sie einen Hungerstreik beginnen. Vlado Popovski teilte wiederholt die offizielle Haltung der Regierung mit, nämlich daß sie keine neuen Wohnungen für die Vertriebenen bauen würde. Jana Petruševska, die Führerin des “Vereins der Aračinovo-Vertriebenen”, erklärte, daß obwohl es seitens der Regierung “guten Willen” gäbe, diese “ratlos” wäre; die Bewohner von Aračinovo wären “erschrocken und traumatisiert”, da die Sicherheit und Ordnung noch nicht wiederhergestellt worden wären. Die Mazedonier aus Aračinovo wären immer noch den Provokationen und Bedrohungen der örtlichen Albaner ausgesetzt. Ende Januar 2003 wurden in Aračinovo drei mazedonische Häuser verbrannt, und Petruševska war sehr kategorisch über die Entschlossenheit der mazedonischen Flüchtlinge aus diesem Dorf, nicht zurückzukehren.

Hingegen erklärten die einigen mazedonischen Familien, die nach dem Ende des Konflikts nach Aračinovo rückkehrten, daß die Sicherheitslage normalisiert wäre, und es keine interethnischen Probleme gäbe. Der Bürgermeister von Aračinovo erklärte, dass die Mazedonier ihre Häuser selber verbrannt hätten, um von der Regierung neue Wohnungen zu bekommen. Petruševska bezeichnete diese Aussage als unverschämt. Ihr zufolge wären sich die Vertreter der EU und anderer internationalen Organisationen von den Problemen in Aračinovo bewußt, könnten jedoch nichts unternehmen, weil sie bloß einen Beobachter-Status hätten. Mehr als 90 Prozent der Mazedonier aus Aračinovo lebten in Flüchtlingsheimen in Skopje, und nur einige ältere Personen seien zurückgekehrt. Voriges Jahr hatte die Regierung Georgievski einen Plan für den Aufbau neuer Wohnungen für die Flüchtlinge aus Aračinovo in einem Vorort der Hauptstadt, der Plan wurde jedoch in der Öffentlichkeit von mehreren Nichtregierungsorganisationen wegen einer vermeintlichen Absicht für die Segregation der Ethnien kritisiert und schließlich zurückgezogen.

Die Flüchtlingen weigerten sich, die Vereinbarungen mit der Regierung und der Europäischen Wiederaufbauagentur zu unterzeichnen als Voraussetzung für den Aufbau der neuen Wohnungen, da diese Vereinbarungen für die wirklichen Bedürfnisse unausreichende Wohnräume vorsahen. Die Vertriebenen forderten ebenfalls sonstige Entschädigungen von der Regierung. Weitere Forderungen bezogen sich auf die Einsammlung aller illegalen Waffen und die Beschleunigung der Wiederherstellung der Polizeistrukturen in Aračinovo. Minister Popovski erklärte jedoch, daß die Regierung den Aufbau neuer Wohnungen finanziell nicht unterstützen würde.

Anfang März begannen ein Teil der mazedonischen Flüchtlinge aus Tetovo – insgesamt ca. 1000 Personen – in den Nachbardörfern Tearce und Neprošteno die Vorbereitungen für ihre Heimkehr. Die Regierung bzw. das Ministerium für

Arbeits- und Sozialpolitik hatte sich geweigert, weiterhin für ihre Unterkunft in der Hauptstadt zu sorgen, da – ihnen zufolge – alle Bedingungen für die Heimkehr geschaffen worden wären. Zum Koordinator der Versorgung für die mazedonischen Flüchtlinge wurde Sherif Ademi, ein ethnischer Albaner (BDI), genannt. Ein anderer Teil der Mazedonier aus Tetovo drohten mit Straßensperren in Skopje, wenn die Regierung ihnen vom April an keine Hilfe mehr würde zukommen lassen. Sie behaupteten, sie wären von den Albanern mißhandelt und eingeschüchtert worden, und fürchteten für ihre Sicherheit und Leben. Andererseits sind mehrere mazedonische Familien aus Tearce bereits Ende 2001 heimgekehrt, und andere sind überhaupt nicht geflüchtet; sie gaben an, daß alle Bedingungen für die Rückkehr ihrer Landsleute vorhanden wären, und die Anzahl der noch nicht wiederaufgebauten Häuser sehr gering wäre. In Tearce wurden ca. 700 mazedonische Häuser vernichtet oder beschädigt, der Bürgermeister Lokman Elezi behauptete jedoch, daß zurzeit fast alle wiederaufgebaut worden und bewohnbar wären. Vielmehr hätte es nach der Krise im Jahre 2001 keine interethnischen Konflikte mehr gegeben.

Bei den interethnischen Beziehungen sind immer noch kaum Verbesserungen zu verzeichnen. Spannungen gab und gibt es weiterhin bei den ethnisch gemischten Schulen. In den Dörfern Žilče, Ratae und Šemševo weigerten sich in den Jahren 2002 und 2003 die Eltern der mazedonischen Schüler, ihre Kinder die gemischte Schule weiter besuchen zu lassen, nachdem mehrere von diesen von ihren albanischen Kollegen geschlagen worden waren. Der Direktor der Schule in Šemševo Abdullah Kazimi erklärte jedoch, daß es sich um eine Inszenierung der Mazedonier gehandelt hätte, da es keine Zeugen für die angeblichen Schlägereien gegeben hätte. Die mazedonischen Eltern brachten den Vorfall den OSZE- und EU-Vetretern zur Kenntnis. Diese Vorfälle fanden statt, nachdem die mazedonischen Eltern ihre Kindern aus dem gemischten Schulen zunächst zurückgezogen, und dann als Teil der regierungsseits geförderten Massnahmen zur Wiederherstellung des interethnischen Vertrauens wieder gelassen hatten. Diesmal erklärten sie, daß ihre Kinder in die Šemševo-Schule nicht mehr zurückkommen würden. Vor sechs Monaten hatten die mazedonischen Schüler aus dem Dorf Jegunovce dieselbe Schule boykottiert, da die Albaner die Schule nach einem albanischen Dichter umbenannt hatten. Kurz danach kam es zu ähnlichen Vorfällen auch bei der gemischten Schule im Nachbardorf Siričino, die von mazedonischen Schülern aus einigen entlegenen Dörfern besucht wird.

Anfang Februar 2003 richteten die Eltern der mazedonischen Schüler eines Gymnasiums in Kumanovo ein Protestschreiben an den Bildungsminister Azis Pollozhani (BDI) wegen der geplanten Einschreibung albanischer Schüler in einem anderen Gymnasium in der unmittelbaren Nachbarschaft, da dies "den ersten Schritt in Richtung auf die Bildung eines ethnisch reinen Schulzentrums mit ausschließlich albanischsprachigem Unterricht" darstellte in einem Teil der Stadt, wo die Albaner in der Minderheit sind. (Beide Gymnasien tragen jedoch albanische Namen.) Die mazedonischen Eltern und Lehrer fürchteten für die Sicherheit der Schüler. Das Bildungsministerium beauftragte eine Kommission mit der Untersuchung

der Lage vor Ort und der Befragung der Vertreter beider Ethnien sowie der örtlichen Behörden. Der stellvertretende Bildungsminister Tale Geramitčioski (SDSM) erklärte, daß es die Bildung ethnischer Schulen vermieden werden sollte.

Der ernsteste Vorfall fand im November 2002 statt, als der Vertreter eines Verbandes albanischer Schüler in Bitola von Mazedonien überfallen und mit Messern schwer verletzt wurde. Die Ermittlungen der mazedonischen Polizei blieben erfolglos. In den darauffolgenden Wochen berichteten die Medien über eine ansteigende Verschlechterung der Verhältnisse zwischen den Ethnien. In Bitola kam es zu direkte Konflikte zwischen zivilen Albanern und Mazedoniern ohne Beteiligung der albanischen bewaffneten Organisationen. Die gespannte Lage hielt seit der Vernichtung albanischer Geschäfte durch Mazedonier im Sommer 2001 an. Die Medien berichteten über die Segregation in dieser Stadt, wo die Albaner in der Minderheit sind. Die Albaner beklagten sich ebenfalls über die Brutalität der Polizei. Bei den antialbanischen Gewaltausbrüchen im Sommer und Herbst 2001 war die Polizei untätig geblieben, und konnte die Vernichtung aller albanischer Geschäfte innerhalb einiger Stunden nicht verhindern. In Bitola setzte sich die Polizei auch derzeit fast ausschließlich aus Mazedoniern zusammen, und jede Massnahmen zur Einstellung der Albaner in der Polizei und Kommunalverwaltung blieben weiterhin aus.

Die Verschwörungstheorien waren – und bleiben – nach wie vor bei einem wichtigen Teil der Öffentlichkeit verbreitet. Der Vorsitzende einer slawisch-mazedonischen Organisation unter dem Namen “Ständiger Mazedonischer Reformverein” (*Trajno Makedonsko Reformsko Obedinuvanje* – TMRO), Vančo Šehtanski, berichtete im Februar 2003 über vermeintliche in Westeuropa aufgestellten Pläne zur Teilung des Landes nach einem neuen Krieg in vier Gebieten mit den Bezeichnungen Ilirida, Südserbien, Monastir, und Strumica. In Ilirida sollten Albaner und Mazedonier wohnen, in Südserbien – Serben und Mazedonier, in Monastir – Griechen und Serben (obwohl diese zwei Ethnien keinen direkten Kontakt haben), und in Strumica – Bulgaren. Der TMRO zufolge wären in Mazedonien Vorbereitungen für einen neuen Krieg gemacht worden, wonach der (West)balkan einschließlich Mazedonien in neun Gebieten geteilt werden sollte – neben den oben genannten noch fünf anderen: Herceg-Bosna, Bosna, Republika Srbija, Kosovo, und Nordepirus (Nordwestgriechenland).

Der sicherheitspolitische Hintergrund²⁴

Am 10. März hißten 2003 AKSh-Anhänger die albanische Flagge auf einem Hügel beim albanischen Dorf Lipkovo im Gebiet Kumanovo. Die albanischen Bewohner des Dorfs sagten den Journalisten, daß dies eine Warnung für die mazedonischen Behörden wäre, damit diese die Umsetzung des Ohrider

²⁴ Den Angaben in den folgenden Paragraphen stehen zahlreiche kürzere Berichte in der mazedonisch- und albanischsprachigen Landespress zugrunde, auf deren vereinzelt Erwähnung aus Raumgründen verzichtet wurde.

Abkommens beschleunigen, sonst sollten sie auf einem neuen Gewaltausbruch gefaßt sein. Die Polizei hatte bereits am Nachttag eine Einheit mit gepanzerten Fahrzeugen nach Lipkovo entsandt. Es hieß dann, daß die AKSh Lipkovo zum "befreiten Gebiet" erklärt hätte, die örtlichen Behörden widerlegten jedoch diese Informationen. Der Sicherheitsberater bei der Gemeinde Lipkovo, Abeddin Zymberi – einstiger Führer der "Militärpolizei" der mazedonischen UÇK – erklärte vielmehr, daß in Lipkovo sich keine AKSh-Präsenz nachzuweisen ließe. Gleichzeitig gab er zu, daß ein Versuch der Behörden, die Flagge wegzuschaffen, eine Revolte der Bewohner des Dorfes auslösen könnte. Zymberi kritisierte den Premier Crvenkovski wegen der Verschleppung der vom Ohrider Abkommen vorgesehenen Reformen. Die Bewohner weigerten sich, die Flagge abzunehmen, und unterstützten völlig die vermeintlichen Forderungen der AKSh. Mehrere Personen erklärten, daß wenn die Rechte der Albaner nicht verwirklicht würden, sie "den Kampf fortzuführen" bereit wären; ein neuer Krieg wäre dann nicht zu vermeiden gewesen. Dieser Vorfall erregte großes Aufsehen, da die radikalisierte Stimmung und Gewaltbereitschaft der Albanern von den Erklärungen der Politiker verdeckt worden war.

Ende Februar 2003 wurden im Zentrum der Stadt Resen (Gebiet Prespa, im Südwesten des Landes) Plakate mit AKSh-Symbolen angebracht. Auf einigen Plakaten waren Lobgesänge für den Kommandanten der kosovarischen UÇK Ramush Haradinaj zu lesen. Die Polizei nahm diese Plakate weg, um ihre Herkunft zu bestimmen. Diese Provokation verursachte Beunruhigung bei der ethnisch gemischten Bevölkerung, weil dieses Gebiet bisher von der Krise in den anderen albanischen Siedlungsgebieten Mazedoniens nicht berührt worden war. Mitte Februar wurde dann ein Bombenanschlag auf das Gericht in Struga verübt. Die Polizei stellte Verbindungen zwischen diesem Anschlag und einem anderen auf einer Schule in Kumanovo fest. Ein Albaner wurde festgenommen, und bei ihm wurden Beweise für seine Beteiligung vorgefunden. Die Verantwortung für den Anschlag in Struga wurde von einer "Sondereinheit der Skenderbeg-Division der AKSh unter dem Kommando von Drin Drini" übernommen, eine eindeutliche Beteiligung der AKSh stand jedoch nicht fest. Der AKSh-Führer Valdet Vardari gab seinerseits mit einem "Kommuniqué Nr. 21" bekannt, daß seine Organisation "alle vier Divisionen für das albanische Volk" mobilisiert hätte. "Um ihre Positionen zu halten, betritt die Regierung der slawo-mazedonischen Kolonisten albanisches Territorium, und läßt Albaner rechtswidrig festnehmen. [...] Wenn das Ausland den Albanern den Kampf verweigert, muß es ihnen die Vereinigung erlauben und ermöglichen", so sein Kommuniqué. Der Anschlag fand nach der Festnahme des ethnisch albanischen Geschäftsmannes Dilaver Bojku (alias Leku) aus Veles statt, der als einer der Hauptfinanzierer der UÇK und der albanischen Extremisten bekannt war. Der US-Botschafter in Skopje Lawrence Butler bewertete die Verhaftung Bojkus als einen großen Schritt in Richtung auf die Festigung des Rechtsstaates.

Die AKSh hatte als strategisches Prinzip die Durchführung von Anschlägen ohne Menschenopfer erklärt, was bisher auch der Fall war – so z.B. bei der Explosion vor dem Parlament in Skopje Ende Oktober 2002: Die Explosionen fanden statt zu Tages- bzw. Nachtszeiten, wenn der Verkehr minimal war. In Struga waren die materiellen Schäden jedoch viel größer als beim Parlament, und ein ganzes Teil des Gerichtsgebäudes wurde zerstört.

Beim Innenministerium wurde erklärt, daß im Gebiet Struga die Betätigung scheinbar unkoordinierter bewaffneter Gruppierungen festgestellt worden wäre. Der Hauptrichter beim Gericht Struga wies den Vorwurf Vardaris, daß das Gericht fast nur die Albaner verurteilt hätte, zurück; ihm zufolge wären die meisten Verurteilungen gegen ethnische Mazedonier ausgesprochen worden, und jedenfalls die Urteilen wären nie strenger als die vom Gesetz vorgesehenen gewesen.

In der letzten Woche von Februar 2003 hieß es, daß bewaffnete albanische Gruppierungen – angeblich Einheiten der AKSh – in den Dörfern bei Tetovo, Kumanovo und Skopje anwärbten. An der Spitze dieser Gruppierungen sollten sich einstige Kommandanten der mazedonischen und kosovarischen UÇK und der UÇPMB befinden, die – Quellen des Innenministeriums zufolge – zurzeit zwar wenige bzw. keine Unterstützung bei der örtlichen Bevölkerung hätten, jedoch “gegebenenfalls auf ein Sympathiepotential rechnen können”. Am 21. Februar gaben die Nachrichtendiensten an die Presse Informationen über die Betätigung der AKSh an, ohne ihre eigenen Quellen zu nennen. Die AKSh sollte ihre Tätigkeiten in drei Sektoren im ex-jugoslawischen Raum abwickeln: “Malësia” in Montenegro – mit möglicher operationellen Basis in Nordalbanien –, “Dardania und Ilirida” in Mazedonien und Südserbien, und “Çamëria” in Nordgriechenland (von Südalbanien aus). An der Spitze des “Generalstabs” der AKSh sollten vier ehemalige Offiziere der albanischen Armee stehen – Hekuran Asllani, Vitan Gradica, Isuf Sulaj, und Idriz Smothana. Bisher war aus Kommunikués der AKSh und anderen Quellen nur der erstere bekannt gewesen. Die Präsenz der AKSh in den Medien sollte ihrer Promotion bei der Öffentlichkeit durch die Verleihung einer organisierten Armeestruktur dienen. Die Nachrichtendiensten zweifelten, daß die AKSh die Verbindungen des KPC (*Kosovo Protection Corps*, die Nachfolgerorganisation der kosovarischen UÇK) benutzte, oder über Waffenverstecke in den Grenzgebieten zu Kosovo verfügte. Um Tetovo sollten sich Gruppierungen unter der Führung von Maliq Idrecaj (alias Mala), Sami Ukshimi (alias Sokoli), und Met Muçali (alias Meti), und im Dorf Lisec unter jener von “Kommandant Hoxha” aus Prizren (Kosovo) betätigen. Die Umgebungen der Dörfer Poroj, Neprošteno und Džepçište wären die “Sektoren” von Daut Rexhepi (“Kommandant Leka”) und einigen anderen Ex-Kommandanten der UÇK. Rexhepi sollte weiter die Gruppierungen in Slatino, Đermo und Pršovce koordinieren. (Alle genannten Ortschaften befinden sich in der Umgebung von Tetovo und zwischen Tetovo und Skopje.) Daut Rexhepi und Maliq Idrecaj sollten die am extremistischsten Gesinnten unter den Führern bewaffneter albanischer Gruppierungen gewesen sein. Diese Gruppierung

sollte überall im Bezirk Tetovo anwerben. Ferner wäre eine Gruppierung um Sait Rushiti aus Rakovec in Rakovec, Pirok, Mala Rečica und Palčište aktiv gewesen. Die Zeitung *Dnevnik* berichtete, daß Rushiti von der Polizei in dem benachbarten Dorf Bogovinje verhaftet worden wäre, aber infolge der Protesten der örtlichen Albaner und der Aufnahme der Polizisten in die Strukturen der BDI (Ali Ahmeti) freigelassen worden wäre.

In Lipkovo (zwischen Tetovo und Kumanovo) sollte sich die Formation von Xhavid Morina ("Kommandant Drenica") betätigen, die zusammen mit jener um Enver Rufati (alias Xhaxhi) im März 2002 die Gebäude des Generalstabs Ali Ahmetis in Mala Rečica überfallen hatte. Xhavid Morina wurde von der mazedonischen Polizei wegen Kidnappierungen in Tetovo verfolgt, und die KFOR hatte in Kosovo einen Preis auf seine Festnahme ausgesetzt. Die mazedonischen Geheimdiensten zählten Morina zu den gefährlichsten Extremisten, die für die albanischen paramilitärischen Formationen anwarben. Er hätte sich für einige Zeit in Italien aufhalten, wo er Kontakte zur albanischen Diaspora aufgenommen hätte. Es hieß, daß die FBKSh in sechs bis zehn Monaten ausreichende Geldmittel in der Diaspora sammeln könnte, um ihre angekündigten Pläne umzusetzen.²⁵

Im Gebiet Kumanovo wären die Formationen von Muhamed Krasniqi ("Kommandant Malisheva") aus Kosovo und von Rizvan Neziri aus Tanuševci aktiv. Der letztere wäre an der Ermordung eines Polizisten beteiligt, und beschäftigte sich mit dem Drogenhandel. Er hatte unter dem Befehl des UÇK-Kommandanten Xhavid Hasan an den Kämpfen in Tanuševci am Anfang des Konfliktes im März 2001 teilgenommen. Ebenfalls im Gebiet Kumanovo-Lipkovo betätigte sich die Gruppierung um Xhemail Lamalari ("Kommandant Baruti") aus Matejce, dem früheren Kommandant der 113. Brigade der mazedonischen UÇK. Seine Gruppierung sollte zu dritt bis zu acht auftauchen, und sehr beweglich sein. Baruti sei in ständigem Kontakt mit Muhamed Krasniqi gewesen, mit dem er Beratungen im Dorf Vitina (auf der Grenze zu Kosovo) halten sollte. Ihr Verbindungsmann in Kosovo wäre Fadil Hasan aus Tanuševci, der Bruder des oben erwähnten Xhavid Hasan. Beide letztgenannten Gruppierungen sollten sich mit "psychologisch-propagandistischen Aktivitäten" befassen.

Die mazedonischen Geheimdiensten gaben an, daß die "Front für die Nationale Vereinigung der Albaner" (FBKSh), dessen militärischer Flügel die AKSh ist, bemüht gewesen sei, diese Gruppierungen in "Einheiten" der AKSh zu organisieren. Diese Gruppierungen wären kaum strukturiert, und ein Zentralkommando wäre nicht zu erkennen. Die meisten seien als Gruppierungen von drei bis fünf Männern aufgetaucht, und wären scheinbar sehr mobil. Sie verfügten nur über Leichtwaffen, und fanden keine Unterstützung bei der Bevölkerung oder in der mazedonischen Diaspora – so die mazedonischen Geheimdiensten.

Am 16. Februar 2003 erklärte Valdet Vardari in einem Interview an die Tageszeitung *Epoka e Re* aus Prishtina, daß der Generalstab der AKSh und der

²⁵ *Vestnik* vom 23 März 2003.

Skanderbeg-Division sich in Mazedonien befände, während der Sitz der FBKSh in Albanien wäre, mit örtlichen Strukturen in Prishtina, Skopje, Preševo (Südserbien), Ulcinj (Montenegro), und Prevez (?). Seine Formation sei in Kosovo nicht tätig gewesen. Der Grund dafür wäre, daß die Republik Albanien über ihre eigene regelmäßige Armee verfügte, und in Kosovo der *Kosovo Protection Corps* alle Funktionen der Streitkräfte erfüllen könnte, so daß die AKSh ihre Tätigkeiten auf Mazedonien konzentrieren müsse, wo keine ähnliche Strukturen existierten. Vardari sagte, daß der künftige Krieg auch ein Kampf gegen die "serbo-montenegrinischen Besetzer" sein würde.

In der Presse wurde berichtet, daß die FBKSh eigene Filialen in Italien, Deutschland, Slowenien, Österreich und der Schweiz gründete. Die FBKSh befürwortete die Verwendung von Terrormethoden auch gegen einzelne albanische Politiker, vor allem die BDI-Führer Ali Ahmeti und Gëzim Ostreni, die deshalb besondere Sicherheitsmassnahmen haben treffen mußten. Die Führer dieser Organisation sollten tatsächlich die Personen sein, die – wahrscheinlich unter Pseudonymen – die Kommuniqués der FBKSh und AKSh unterzeichnen – Alban Vjosa als politischer Sekretär und Fadil Adili, alias Valdet Vardari, als militärischer Kommandierender, der in den vorigen Wochen in Interviews an albanischen Journalisten mit einer "Frühlingsoffensive" gedroht hatte. Adili sollte früher engster Vertrauter Ali Ahmetis gewesen sein, mit dem und dessen Onkel er in der Schweiz Gründungsmitglieder der NDK ("Bewegung für ein Unabhängiges Kosovo") gewesen sein sollten. Die mazedonischen Zeitungen wollten von Geheimdienstquellen (der KFOR) aus Kosovo wissen, daß es bei der FBKSh bzw. AKSh um albanische Nationalisten händelte, die die Unzufriedenheit mit der Politik der BDI verbände. Vardari sollte ehemalige "Ausbilder" aus den Geheimdiensten Albaniens bedienstet haben. Die Gruppierungen von mit dem Ausgang der Kriegen in Kosovo und Mazedonien unzufriedenen Albanern sollten auf die Unterstützung mehrerer politischer Kräfte aus Kosovo sowie der PDSH in Mazedonien rechnen können. Über die eigentlichen Zielsetzungen der Betätigung dieser Gruppierungen wurden zwei Theorien vorgestellt: entweder die Destabilisierung der Region als Voraussetzung der Unabhängigkeit Kosovos oder die Destabilisierung wegen Erleichterung der Tätigkeit der Strukturen des organisierten Verbrechens, oder auch eine Kombination beider dieser Zielsetzungen. Die Antwort auf die Frage nach den langfristigen Plänen der FBKSh war in Interviews an die albanischsprachigen Medien zu suchen. *Dnevnik* führte ein Interview von Alban Vjosa an eine in Mazedonien erscheinende albanischsprachige Zeitung mit dem Namen *Lëvizja* ("Die Bewegung") an, wo dieser erklärte: "Bei der FYROM sind absolut keine Bedingungen für eine Eigenstaatlichkeit vorhanden. Dieses Land erfüllt die politischen, nationalen, historischen und traditionellen Standards nicht. Die FYROM verfügt allein über einen bestrittenen Staatsnamen, eine Amtssprache und andere nationale Symbole. Diesen Mangel an Identität versucht die mazedonische Regierung mit brutalen Methoden und Genozid an den Albanern zu kompensieren." Vjosa lehnte das Ohrider Abkommen ab, das "kurzlebig" wäre,

und den Bedürfnissen der albanischen Bevölkerung nicht entspräche, und meinte, daß die albanischen Parteien in Mazedonien nur von der großalbanischen Idee geeinigt wären. Gegen die Beteuerungen über die vermeintliche Gegnerschaft zur BDI erklärte Vjosa die Äquidistanz der FBKSh allen albanischen Parteien gegenüber, sofern diese für die "Verwirklichung des Endplans" mitarbeiten würde. In einem AKSh-Kommuniqué vom 11. Februar 2003 – unterzeichnet, neben Alban Vjosa und Valdet Vardari, auch von einem "General" Vigan Vjadica – hieß es, daß infolge der Festnahme mehrerer ethnischer Albaner in Südserbien durch die serbische Polizei die AKSh die Division "Adem Jashari" mobilisiert hätte.

Ali Ahmeti meint seinerseits, daß die AKSh nur eine "Internet-Armee" wäre: "Dies alles ist allein psychologischer Krieg und Propaganda. Über die AKSh erfahre ich nur vom Internet", antwortete er auf die Frage nach der Gefährlichkeit der AKSh für Mazedonien und seine Partei. Er schätzte die Sicherheitslage im Lande als gut ein, und wies auf die gute Zusammenarbeit der innenpolitischen Faktoren – politische Parteien, Staatsinstitutionen, sowie die Vertreter internationaler Organisationen wie EU und NATO – in dieser Richtung hin. Die Bürger verlängerten die vollständige Umsetzung des Ohrider Abkommens als Garantie für den ethnischen Frieden und die Stabilität. Zur Vorbeugung der Zwischenfälle empfiehlt er die Verabschiedung eines Gesetzes für die Waffensammlung.

Die Sprecherin des Innenministeriums Mirjana Kontevska erklärte, daß es bis Mitte Februar 2003 keine Informationen über das Bestehen organisierter Strukturen der bewaffneten albanischen Gruppierungen oder über eine Koordinierung unter ihnen gäbe. Auch der Wortführer von Staatspräsident Trajkovski, Borjan Jovanovski, erklärte, daß die albanischen Extremisten keine Unterstützung bei der Bevölkerung oder den politischen Kräften hätten, und somit kein Destabilisierungspotential für das Land darstellten. Die Maßnahmen zur Vorbeugung der Konflikte müßten gleichzeitig mit dem Kampf gegen das organisierte Verbrechen durchgeführt werden. Der damalige Staatspräsident Trajkovski sei über Bewegungen albanischer Gruppierungen in Südserbien an der Grenze zu Mazedonien informiert gewesen; dies hatte das Thema der Beratungen Trajkovskis mit dem Generalstab der Armee Mitte Februar gewesen, sowie jener mit dem Sicherheitsrat in dessen neuer Zusammensetzung, wo Agron Buxhaku und Musa Xhaferi (BDI) als Vertreter der albanischen Bevölkerungsgruppe saßen.

Der Verteidigungsminister Vlado Bučkovski warf dem PDSH-Führer Arben Xhaferi vor, daß dessen Partei hinter den bewaffneten albanischen Gruppierungen stünde. Kurz danach wurden ähnliche Anschuldigungen auch vom Innenminister Hari Kostov gemacht. Arben Xhaferi organisierte eine Pressekonferenz, um diese Akkusationen zurückzuweisen. Seit der Niederlage bei den Parlamentswahlen hatte die PDSH einen immer radikaleren Kurs in der Opposition angenommen. Die Partei und ihr Führer wurden von den Regierungsparteien der Verbindungen zu den kosovarischen Organisationen (UÇK, KPC) wie auch zur mazedonischen AKSh angeschuldigt. Die PDSH-Führung kritisierte die Regierung wegen der mangelhaften Umsetzung des Ohrider Rahmenabkommens und der ausbleibenden

Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Zustände, und warf ihr die politische Verfolgung der Personen aus den Oppositionsparteien vor. Als Beispiel dazu wurde der Vorfall beim Krankenhaus in Gostivar angeführt, wo 40 Personen – fast alle ethnische Albaner – gekündigt wurde. Gostivar war seit den blutigen Unruhen im Jahre 1996 das Gebiet mit der wichtigsten Konzentrierung von PDSH-Wählern.

Die PDSH formulierte aus diesem Anlaß erneut ihre Forderungen: Die albanische Sprache sollte auf allen staatlichen Ebenen einschließlich des Parlaments verwendet werden. Die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst sollten entsprechend dem Bevölkerungsanteil, also praktisch zu einem Drittel, mit Albanern besetzt werden. Eine andere Forderung war betraff die Dezentralisierung: Die Kommunalverwaltungen müßten mehr Freiheit haben und mehr Einfluß auf Wirtschaft, Polizei und andere Bereichen erhalten. Alle Probleme müßten im politischen Dialog und mit politischen Mitteln gelöst werden. Diese Forderungen waren fast identisch mit denjenigen, die die PDSH der SDSM-Regierung gegenüber vor fünf Jahren formuliert hatte.

Sowohl die PDSH wie auch die BDI erklärten sich gegen die von Verteidigungsminister Bučkovski befürwortete Gewaltanwendung im Kampf gegen die albanischen Extremisten im Nordwesten des Landes. "Diese Banden sind frühere Mitglieder der UÇK, die sich in die Gesellschaft nicht fügen wollen. Die Gruppierungen wurden lokalisiert, und die Anwendung der Gewalt zur Versicherung der Stabilität und Sicherheit des Landes ist nicht ausgeschlossen", erklärte Bučkovski vor dem Sicherheitsausschuß des Parlaments am 12. Februar. Der BDI-Abgeordnete sagte, daß die Aussage Bučkovskis nur dessen persönliche Haltung oder jene des mazedonischen Blocks darstellte, und für die Gewaltanwendung politische Beratungen notwendig wären. Arben Xhaferi erklärte seinerseits, daß "diese Zuständen können überwunden werden – mit politischen Mitteln und mit politischer Krisenbehandlung". Der stellvertretende Vorsitzende der PDSH Iljaz Halimi meinte, daß die Regierung zunächst die Existenz von bewaffneten Banden mit politischen Zielsetzungen festsetzen müßte, bzw. ob es sich nicht um Unzufriedenen mit der allgemeinen Lage im Lande mit Hinsicht auf die Rechte der Albaner handelt. Ihm zufolge dürfte die Armee nicht für die Bekämpfung der illegalen Tätigkeiten im Inland benutzt werden, da dies die Aufgabe der Polizei wäre.

Bučkovski erklärte ferner, daß die (albanische) Bevölkerung in den Krisengebieten infolge der gesteigerten Vertretung ethnischer Albaner in den Streit- und Sicherheitskräften das Vertrauen in der Armee und der Polizei wiedergefunden hätte, und eine Vermehrung der Präsenz dieser Kräfte in ihren Wohngebieten wollten. Die Armee und das Innenministerium planten für das Frühjahr die Einsammlung aller illegalen Waffen, wobei "die Waffen zunächst freiwillig eingehändigt, danach aber auch mit Gewalt abgenommen werden können", so die Formulierung Bučkovskis.

Anfang Februar 2003 wurde in der Presse über Verbindungen der albanischen Banden um Tetovo zur PDSH berichtet. Mehrere Gruppierungen unter

der Kontrolle des stellvertretenden Parteivorsitzenden Menduh Taçi versuchten, die örtlichen Strukturen der BDI zu zersetzen. Die ehemaligen UÇK-Kommandanten in diesen Banden waren bemüht, das Image der BDI bei der Wählerschaft zu beschädigen. Das Innenministerium unternahm eine Aktion gegen die Banden im Polog-Tal, und nahm zwei Albaner aus Tetovo fest, die der Ermordung zwei anderer Albaner verdächtig waren. Bei der Festnahme wurden Maschinengewehre und Rauschmittel gefunden. Die Festgenommenen waren Angehörige der Gruppierung um Sait Rushiti, der ebenfalls Ermordungen und noch anderen Verbrechen beschuldigt war. Der PDSH-Abgeordnete Daut Rexhepi ("Kommandant Leka") und Rizvan Neziri sollen Verbindungen zu dieser Gruppierung gehabt haben. Neziri war das Haupt einer Bande in Skopje, die für die Zerstörung des Sitzes der BDI in einem Viertel der Hauptstadt verantwortlich war. Die Polizei in Tetovo entwickelte einen Plan für die Festnahme von ca. 30 Albanern, die in vier bewaffneten Banden in diesem Gebiet operierten. Eine erste Bande war in Rakovec stationiert, und operierte zwischen im Šar-Gebirge zwischen Tetovo und Gostivar – genauer zwischen Golema Rečica und Dobri Dol. Die zweite Bande war in einem Stadtviertel von Tetovo (Blok24) und in der benachbarten Ortschaft Teče bei Mala Rečica tätig. Die dritte Gruppierung war im Dorf Želino stationiert, und kontrollierte auch die Dörfer Šemševo Ozormište, Palatica Treboš, Dolna Lešnica, Gorna Lešnica, und Strimnica. Eine vierte Bande befand sich in den Dörfern Nerašte, Dobrošte, und Odri. Alle diesen Ortschaften liegen in einem Gebiet mit kompakter albanischer Bevölkerung. Nach der Festnahme der zwei Albaner protestierten mehrere Personen (ethnische Albaner) vor dem Sitz der BDI gegen die "antinationale" Politik der Partei Ali Ahmetis. Dieser war im Januar in die Schweiz gereist, wo er angeblich Kontakt mit der FBKSh-Führung aufgenommen hatte, um die angekündigte "Frühlingsoffensive" mittels Zusagen über neue politische Rechte der Albaner zu verhindern. Die albanischsprachige Zeitschrift *Fakti* hatte eine Woche zuvor einen offenen Brief der früheren UÇK-Kommandanten in diesem Sinne an Ali Ahmeti veröffentlicht, und ein anderer UÇK-Kommandant protestierte in der kosovarischen Zeitung *Koha Ditore* gegen den Kompromisskurs Ahmetis.

Die Spannungen in Kosovo und Südserbien sowie die Androhungen der AKSh mit der "Frühlingsoffensive" veranlaßten Anfang Februar 2003 auch das mazedonische Verteidigungsministerium, zusätzliche Sicherheitsmassnahmen zu treffen. Auch "Vorbeugungsmaßnahmen" wären nicht auszuschließen, so der Sprecher des Verteidigungsministeriums Marjan Đurovski. Bei Debar wurde ein Schmuggler von Grenzsoldaten geschossen. Die Einwohner der Dörfer in den Grenzgebieten sollten die Aufstellung neuer Polizeistellen verlangt haben, um die Gelderpressungen durch bewaffnete Banden zu verhindern. Beim Generalstab der Armee wurde gemeint, daß die große Beweglichkeit der Banden in den Berggebieten um Tetovo, Skopje und Kumanovo ein Beweis für den Mangel an Unterstützung bei der Bevölkerung wäre.

Die Opposition kritisierte im Parlament Mitte März die vom Minister für Arbeit und Soziales Jovan Manasievski vorgeschlagenen Änderungen des Gesetzes über die Sozialhilfe, das deren Kürzung sowie die Verminderung der Anzahl der Empfänger vorsieht. Manasievski, wurde vorgeworfen, daß er mit diesen radikalen Kürzungen die Bestimmungen des Regierungsprogramms nicht einhalte. Die albanischen Abgeordneten meinten, daß die neuen Maßnahmen gegen die ethnischen Albaner auf dem einzigen Bereich diskriminierten, wo es bisher Gleichheit zwischen den Ethnien geherrscht hatte. Der BDI-Abgeordnete Iljaz Halimi sagte dazu, daß der Gesetzesentwurf Manasievskis auch den Vereinbarungen zwischen BDI und SDSM über die Regierungspolitik widerspräche. Zamir Dika (BDI) meinte, daß die erwähnte "Gleichheit" von der Besetzung des Amtes des Ressortsministers (im Kabinett Georgievski) von einem Albaner bedingt gewesen wäre, was "offensichtlich irgendeinem unbequem wurde, und deshalb jetzt sie auf perfide Weise versuchen, auch diese Gleichheit abzuschaffen". Manasievski erwiderte, daß die Kürzungen mehr die Mazedonier als die Albaner betrafen, denn die Anzahl der Sozialhilfeempfänger höher in der ersteren Bevölkerungsgruppe wäre. Eine Gegenstellung der Abgeordneten nach ethnischen Linien – bzw. nicht mehr zwischen dem Regierungs- und dem Oppositionslager – entstand auch anlässlich der Beratungen über das Gesetz über die Sonderrechte der Angestellten der Sicherheitskräfte und derer Familienmitglieder, die von den albanischen Parteien wegen der Nichtberücksichtigung der albanischen Zivilisten und der während des Konfliktes im Jahre 2001 verletzten oder gestorbenen UÇK-Anhänger opponiert wurde.

Aus der Darstellung dieser Ereignisse geht deutlich heraus, daß die Betätigung der bewaffneten Gruppierungen außerhalb des politischen Spielraums auch zwei Jahre nach dem Konflikt immer noch ein Kennzeichen der sicherheitspolitischen Lage in Mazedonien blieb, und die Entwicklung der interethnischen Beziehungen bestimmte, die nicht nur im gesamtalbanischen Kontext behandelt werden muß. Dabei ist noch zu bemerken, daß bei manchen politischen Führern beider Ethnien noch eine obsidionale Mentalität bzw. eine Konfrontationsbereitschaft herrschte – bzw. noch herrscht –, die verhängnisvolle Folgen für das Land haben könnte.

Mögliche Konsequenzen, die sich langfristig aus der Bekanntgabe des Ergebnisses der Volkszählung vom Ende 2003 ergeben können (auf der Basis des Vorliegens des Ergebnisses)

Die Ergebnisse der jüngsten Volkszählung wurden am 1. Dezember 2003 offiziell bekanntgegeben: Bei einer Gesamtzahl von 2.022.547 Einwohnern leben in Mazedonien 1.297.981 Slawo-Mazedonier (64,18%), 509.083 Albaner (25,17%), 77.959 Türken (3,85%), 53.879 Zigeuner (2,66%), 35.939 Serben (1,78%), sowie andere kleinere Volksgruppen. Die Zunahme der albanischen

Bevölkerung, die über 80% der gesamten Bevölkerungszunahme ausmacht, wird staatlicherseits dem "unaufhörlichen Mobilität der Bevölkerung" zugeschrieben. Der Leiter der mit der Volkszählung beauftragten Staatsbehörde erklärte unmittelbar nach der Bekanntgabe des Ergebnisses, daß es zur Zeit nicht möglich sei, festzustellen, ob der Prozentanteil der ethnischen Albaner die Aufrechterhaltung des Ohrid-Abkommens noch rechtfertigt, da die Beweise für die ethnische Zugehörigkeit keine Voraussetzung für diese Volkszählung gewesen sei. Die ausländischen Beobachter konnten feststellen, daß mehrere Personen sich ohne Ausweis der ethnischen Zugehörigkeit haben eintragen lassen. Auch Personen ohne gültigen Aufenthaltsgenehmigungen wurden in zahlreichen Fällen eingetragen, und die Angaben über die sich im Ausland befindenden mazedonischen Staatsangehörigen sind nicht verifizierbar. (Alle Bürger, die sich seit mehr als einem Jahr im Ausland befinden, wurden ausgeschlossen.) Der Leiter der Gruppe ausländischer Beobachter Halgrimud Snórásson beschrieb das Ergebnis der Volkszählung wie folgt: "Die Ergebnisse werden von der internationalen Staatengemeinschaft anerkannt, und stellen ein gültiges statistisches Mittel zur Einschätzung der Lage des Landes dar. Jetzt ist es die Aufgabe des Volkes und der Politiker, diese Ergebnisse zugunsten des Wohlstands des Landes zu verwenden. Die Volkszählung des Jahres 2002 ist die erste, wenn die Bevölkerung nicht nach dem Wohnsitz, wie in allen offiziellen Eintragungen, sondern nach dem 'gewöhnlichen Aufenthaltsort' registrieren läßt."²⁶ Andererseits hieß es in der gemeinsamen Erklärung der ausländischen Beobachter (Vertreter der OSZE, EU, der Europäischen Kommission, USA, und NATO) betrefflich des Verlauf und des Ergebnisses der Volkszählung, daß dies sich entscheidend für die Umsetzung des Ohrid-Abkommens und somit für die Zukunft des Landes ausgewirkt habe. Die Volkszählung wurde im allgemeinen als ein Erfolg bewertet.²⁷

Die Zunahme der albanischen Bevölkerung (insgesamt ca. 70.000 Personen) bedeutet einen Zuwachs von 25,17%, während der natürliche Zuwachs der Bevölkerung des Landes nur 8,5% beträgt. Diese Erscheinung ist zwar für Entwicklungsländer charakteristisch, jedoch ist dies nicht der Fall hier, weil die Geburtsrate in Mazedonien – einschließlich bei den Albanern – beständig sinkt. Ein Forscher beim Geographieinstitut in Skopje meint, daß das Ergebnis der Volkszählung nicht der Wirklichkeit der ethnischen Verhältnisse entspreche, und zur nachträglichen politischen Rechtfertigung des Ohrid-Abkommens dienen müsse: Die Statistiken zeigen nämlich, daß der Zuwachs der albanischen Bevölkerung seit der vorigen Volkszählung vom Jahre 1994 von 22,7% auf 25,17%, und die Anzahl der Albaner von 441.104 auf 509.082 angestiegen sei. Der Anteil der Slawo-Mazedonier sei hingegen um 3 Prozent in den letzten acht Jahren gesunken, und ihre Anzahl sei fast unverändert – 1.295.962 im Jahre 1994 und 1.297.981 im Jahre 2002. Als Gründe für die Stagnation der mazedonischen Volksgruppe werden die Auswanderung der jungen Leute sowie der Anstieg des

²⁶ *Dnevnik* vom 02.12.2003.

²⁷ *Lobi* Nr. 148 (Dezember 2003).

Anteils der älterer Bevölkerungsgruppe angegeben. Auch die Anzahl der Gesamtbevölkerung sei in den letzten acht Jahren von 2.033.964 auf 2.022.547 gesunken. Hingegen meinte ein (ethnisch albanischer) Universitätsprofessor in Skopje, daß das Ergebnis richtig sei, und erklärte die Unterschiede in der demographischen Entwicklung der beiden Volksgruppen des Landes durch die verschiedenen Geburtsraten der Slawo-Mazedonier (2.500 bis 3.000 Personen pro Jahr) und der Albaner (8.000 bis 9.000 Personen pro Jahr).²⁸

Die Gemeinden mit den höchsten Anteilen ethnischer Albaner sind Tetovo (45.316 Personen), Gostivar (29.236), Kumanovo (27.290), Lipkovo (26.360), der Wohnviertel Čair in Skopje (26.259), das Stadtzentrum von Skopje (25.315), und der Wohnviertel Saraj in Skopje, auf der Autobahn nach Tetovo (21.529). Die albanische Bevölkerung ist am schwächsten in den Gemeinden Strumica, Topolčani, Orizari, und Nagoričane vertreten, wo kein Albaner eingetragen wurde, sowie in Murtino, Kavadarci, und Bogdanci. Die Schwerpunkte der slawomazedonischen Siedlungsgebiete sind der südöstliche Wohnviertel Kisela Voda von Skopje (113.057), Bitola (77.479), Prilep (68.331), Kumanovo (61.495), Veles (46.802), Ohrid (45.985), und Strumica (41.822). Die niedrigsten slawomazedonischen Bevölkerungsanteile – weniger als zehn Personen – sind in Velesta und Delogozdi (Gemeinde Struga), Bogovinje, Šipkovicica und Negotino-Polosko (bei Tetovo).²⁹ Die Städte mit dem größten Bevölkerungsanteil (über 65%) der Albaner sind Tetovo (alb. Tetova), Gostivar, Kičevo (alb. Kërçova), und Debar (alb. Dibra). 15 Prozent der Einwohner der Hauptstadt Skopje sind Albaner.³⁰ Bezeichnend ist die Tatsache, daß in den Gemeinden Struga und Kičevo jetzt zum ersten Male die Albaner die absolute Mehrheit stellen.³¹

Die Opposition wies das Ergebnis der Volkszählung zurück. Die VMRO-DPMNE forderte die Aufstellung einer Kommission von Experten und Vertretern der politischen Kräfte zur Untersuchung der Ausführung der Endphase der Volkszählung. Der Sprecher der VMRO-DPMNE bezweifelte die Möglichkeit, daß unter gleichen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen die mazedonische Bevölkerung um 3 Prozent habe abnehmen können, während die albanische ebenfalls um 3 Prozent zugenommen habe. Der Parteiführer Nikola Gruevski behauptete, daß zahlreiche Kosovo-Albaner ohne mazedonischen Personalausweis, oder mit photokopierten Ausweisen oder Pässen eingetragen worden seien. “Die Erklärung Musa Xhaferis [des stellvertretenden Ministerpräsidenten] an den Europarat, seine Partei werde das Ergebnis der Volkszählung nicht annehmen, wenn der Anteil der Albaner mit weniger als 30 Prozent angegeben werde, deutet genug in dieser Richtung hin”, so ein VMRO-DPMNE-Abgeordneter. Auch die Liberale Partei stellte die Angaben über den Anteil der ethnischen Albaner in

²⁸ *Utrinski Vesnik* vom 03.12.2003.

²⁹ Ebenda.

³⁰ *Fakti* vom 02.12.2003.

³¹ *Lobi* Nr. 147 (Dezember 2003).

Frage: "Dem Nationalen Statistikamt zufolge ist der zahlreich wichtigste Bevölkerungsteil auch der älteste, was zeigt, daß der Zuwachs von 86.615 Personen nicht dem Geburtenüberschuß zuzuschreiben ist. Auch die Bevölkerungsstruktur nach dem Geschlecht hat sich nicht verändert, was zeigt, daß dies nicht die Folge einer größeren Anzahl von Eheschließungen mit Ausländern ist. Es ist gar nicht klar, ob es sich um mazedonische Bürger handelt", so Parteiführer Stojan Andov. Der Sprecher der Demokratischen Partei der Serben erklärte, daß das Ziel der Volkszählung die Rechtfertigung des Krieges im Jahre 2001 gewesen sei, und die Abnahme der Anzahl der Serben im Lande den Anfang ihrer Eliminierung bedeute. Die (ethnisch mazedonische) Liga für Demokratie kommentierte, daß das Ergebnis mit dem Ohrid-Abkommen "politisch in Einklang gebracht" werden müßte, wobei "25 Prozent virtuelle Albaner doch ein kleineres Übel als 21 Prozent wirkliche Albaner" sei.³²

Andererseits behauptete die ethnisch albanische PDK, daß der Prozentanteil der Albaner eigentlich 33 bis 37% betrage. Das Ergebnis der Volkszählung sei infolge einer politischen Vereinbarung der Koalitionspartner in der Regierung gefälscht worden. (Der gleiche Vorwurf wurde auch seitens der VMRO-DPMNO formuliert.) Der Sprecher der Regierungsbehörde, die die Volkszählung ausgeführt hat (ein ethnischer Albaner) verleugnete in einem Interview diese Behauptung der PDK.³³

Aufgrund des Ergebnisses der Volkszählung wird an die Frage der Amtssprache in den neu zu einrichtenden Gemeinden herangegangen werden. Der Gesetzesentwurf für die neue verwaltungsmäßige Einteilung des Staatsgebietes und die Kommunalselbstverwaltung sieht eine Anzahl von 71 Gemeinden (33 urbanen und 29 ruralen Gemeinden, mit je ca. 28.000 Einwohnern) neben der Hauptstadt Skopje als selbständiger Einheit vor. In diesem Fall hätte die Hauptstadt zusammen mit dem Dorf / Vorort Aračinovo – wo blutige Kämpfe stattgefunden haben – einen Anteil von 16% Albaner. Eine andere Variante sieht einen Sonderstatus für die drei Dörfer Aračinovo (alb. Haračina), Lipkovo (alb. Likova) und Večani (alb. Vevçani) – alle mit einem bedeutenden albanischen Bevölkerungsanteil – vor. In 27 Gemeinden, wo der Anteil der Albaner die 20 Prozente übersteigt, sollte neben der mazedonischen Sprache auch die albanische als Amtssprache verwendet werden. Für sicher wurde die Umsetzung dieser Maßnahme in den nördlichen bzw. nordwestlichen Gemeinden (albanische Namen, die auch amtlich verwendet werden) gegeben: Struga, Dibra, Kërçova, Dollneni, Çashka, Kumanova, Haračina, Likova, Sandeva, Vratnica, Saraji, Studeniçani, Tearca, Zhelina, Bërvenica, Tetova, und Kamjani. Diese Einzelheiten wurden vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Musa Xhaferi (BDI) nach der Bekanntgabe des Textes des Gesetzesentwurfes mitgeteilt. In zwei Gemeinden sollten sogar drei Sprachen zur Verwendung kommen – die mazedonische, die albanische und die serbische oder

³² *Dnevnik* vom 03.12.2003.

³³ *Lobi* Nr. 147 (Dezember 2003).

die Zigeunersprache (Rroma). Die letztere kann jedoch nicht als Amtssprache dienen, da sie nicht normiert ist. Musa Xhaferi erklärte noch: "Wir werden die Staatsgrenzen vergessen, und glauben, daß die Grenzen der Gemeinden wichtiger als die Staatsgrenzen sein werden." Die Absteckung der Gebieten der Gemeinden ist eine wichtige Frage für die BDI, da es sich dabei um die Einschließung aller Dörfer mit über 33% Albanern in Gemeinden handelt, wo das Albanische Amtssprache ist. Dies betrifft vor allem die Gemeinde Kruševo, wo es sich infolge der letzten Volkszählung erwiesen hat, daß die albanische Bevölkerung die erforderliche 20-prozentige Schwelle für die Verwendung der albanischen Sprache in der Gemeindeverwaltung erreicht hat. Wie es sowohl auf mazedonischer wie auch auf albanischer Seite anerkannt wurde, überwiegen bei der Einrichtung der neuen Gemeinden die politischen Erwägungen.³⁴

Politische Relevanz haben vor allem die Fälle der Gemeinden Struga und Kičevo, wo die Volkszählung einen Anteil der Albaner von über 50% auf dem ganzen Gebiet gezeigt hat. In der Presse hieß es, daß diese Gemeinden "in die Hände der Albaner gefallen" seien. In der Gemeinde Struga stellen die Albaner 54,75% der Bevölkerung, während der Anteil der Mazedonier nur 34,57% ausmacht. In der Stadt Struga ist das Verhältnis der beiden Ethnien von 41,54% Albaner zu 47,94% Mazedonier. Hinzu kommen 5,44% Türken, die traditionell als "auf der Seite der Albaner" betrachtet werden; somit ist das Verhältnis der Muslimen (Albaner und Türken) und der Slawo-Mazedonier praktisch 1:1. In den benachbarten Gemeinden Velleshta (maz. Veles) und Dollogozhda ist das Verhältnis zwischen Albanern und Mazedoniern sogar von 98,97% zu 0,2% bzw. 97,64% zu 0,04%. In der neuen Gemeinde Kičevo beträgt der Anteil der Albaner 54,51%, während in der alten Gemeinde gleichen Namens das Verhältnis war von 53,55% Mazedonier zu 30,53% Albaner. In mehreren Dörfern dieser Gemeinde sehen die Verhältnisse zwischen den Ethnien genauso wie in Struga aus: 97,44% Albaner zu 1,82% Mazedonier in Zajazi, und 98,39% Albaner zu 1,06% Mazedonier in Oslomeji. In der Stadt Kumanovo selbst, zusammen mit den Vororten Likova, Orasheci, Kleçova und Staro Nagoriçani (alb. Namen), leben insgesamt 53.650 Albaner (39,05% – eine Zunahme von ca. 3% im Vergleich zum Jahre 1994). Die Stadt Likovo ist fast ganz albanisch: 97,42% Albaner zu 0,62% Mazedonier. Sehr komplizierte ethnische Verhältnisse weist die Gemeinde Dibra / Debar auf, wo die jeweiligen Anteile der verschiedenen Ethnien – Mazedonier, Albaner, Türken und Zigeuner – sehr unterschiedlich in den einzelnen Ortschaften sind. Die neue Absteckung der Gemeindegebiete hat diese Verhältnisse kaum geändert.³⁵

³⁴ Lobi Nr. 148 (Dezember 2003).

³⁵ Lobi Nr. 147 (Dezember 2003); Klaus Schrameyer, "Makedonien: Das neue Gesetz über die Territoriale Organisation und das Referendum vom 7. November 2004" in *Südosteuropa-Mitteilungen* 1 (2005): 13–24; ders., "Makedonien: Das Gemeindegesetz vom 2002, Textübersetzung mit Einführung" in *Jahrbuch für Ostrecht* 44 (2003): 419–430.

Angesichts dieser demographischen Umstände läßt sich sagen, daß die von den ethnischen Beziehungen bedingte Sicherheitslage langfristig unsicher bleibt. Da die Albaner in vorhersehbarer Zukunft die zahlmäßige Mehrheit im Lande stellen werden, ist die Umwandlung Mazedoniens in einen binationalen Staat vielleicht unvermeidbar. Die Folgen der demographischen Umgebung bzw. des demographischen Drucks von den Nachbarstaaten auf die künftigen politischen Entwicklungen bzw. auf die Chancen des Fortbestehens des Staats sind schwieriger einzuschätzen,³⁶ auch wenn die im August 2006 entstandene Regierungskoalition von VMRO-DPMNE, DPA und NSDP die Implementierung des Ohrid-Abkommens sowie die Integrierung des Landes in NATO und EU als Hauptziele ihrer Politik erklärt hat. Das Referendum vom November 2004 gegen das Ohrid-Abkommen ist gescheitert,³⁷ und die Ortswahlen vom März-April 2005 wurden aufgrund der neuen territorialen Einteilung durchgeführt, welche eine bestimmte Anzahl ethnisch gemischter Verwaltungseinheiten geschaffen hat, wo die Albaner die Mehrheit stellen. Der im Juli 2005 eingetretene Entzentralisierungsvorgang in den neugeschafften Einheiten ist unterwegs.

Abschluß des Manuskripts: 30.11.2007

³⁶ Die gleiche Meinung wird vertreten in: Hans Risser u. Wolf-Christian Paes, "Macedonia Two Years after Ohrid: A Successful Example of International Conflict Resolution?" in *Südosteuropa* 52.4–6 (2003), S.197.

³⁷ Jens Reuter, "Nie mehr FYROM? – Makedonien nach der Anerkennung durch die USA" in *Südosteuropa* 53.1 (2005): S.52–53.